

### Erfolgsmodell oder Mittelmaß? Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung in Österreich

Wahl, Stefanie

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wahl, S. (2004). *Erfolgsmodell oder Mittelmaß? Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung in Österreich*. (IWG Impulse). Bonn: Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V. (IWG). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-375885>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

---

**IWG**  
**BONN**

**IWG Impulse**

**Erfolgsmodell oder Mittelmaß?**  
**- Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung in Österreich -**

**Stefanie Wahl**

**Bonn, Dezember 2004**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Kurzfassung .....</b>	<b>4</b>
<b>1. Der Arbeitsmarkt in Österreich .....</b>	<b>5</b>
1.1 Niedrige Arbeitslosigkeit - leicht überdurchschnittliche Beschäftigung .....	5
1.2 Ursachen der niedrigen Arbeitslosigkeit und der leicht überdurchschnittlichen Beschäftigung .....	8
1.2.1 Verringerung des Arbeitskräfteangebots durch Frühpensionierung .....	9
1.2.2 Überzeichnung der Beschäftigung durch Erziehungszeiten, Weiterbildung, Altersteilzeit und Zweitjobs .....	12
1.2.3 Überdurchschnittliche Beschäftigung in der staatlich subventionierten Landwirtschaft und im Tourismus .....	13
1.2.4 Effiziente Arbeitsvermittlung .....	15
1.2.5 Durchschnittliche Arbeitskosten .....	17
1.2.6 Vergleichsweise wenige hoch qualifizierte Erwerbspersonen .....	20
1.2.7 Hohe Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer .....	22
1.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....	24
<b>2. Wohlstand und Wachstum in Österreich .....</b>	<b>27</b>
2.1 Wirtschaftskraft und Wohlstand leicht überdurchschnittlich bei nur durchschnittlicher wirtschaftlicher Dynamik .....	27
2.2 Quellen des Wirtschaftswachstums .....	31
2.2.1 Modernisierungs- und Wachstumsschub durch den EU-Beitritt ..	32
2.2.2 Wachstumsimpulse durch die EU-Osterweiterung .....	34
2.2.3 Abhängigkeit von Deutschland .....	37
2.2.4 Moderate Unternehmenssteuern .....	40
2.2.5 Hohe Staatsquote und unproduktive Staatsausgaben als Wachstumsbremse .....	42
2.2.6 Geringe Innovations- und Forschungsaktivitäten .....	47
2.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....	50
<b>Bibliographie .....</b>	<b>53</b>

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Erwerbstätigen- und Arbeitslosenquote in Österreich und ausgewählten Industrieländern 2003.....	6
Tabelle 2: Gesamtbelastung von Lohnkosten in Österreich und ausgewählten Ländern 2002.....	23
Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt in Österreich und ausgewählten Industrieländern 2004.....	28
Tabelle 4: Österreichs Außenhandelsstruktur 1991-2002.....	36

## **Schaubilderverzeichnis**

Schaubild 1: Standardisierte Arbeitslosenquote in Österreich, Deutschland und der EU15 1960-2003.....	8
Schaubild 2: Erwerbstätigenanteil in Österreich, Deutschland und der EU15 1960-2003 .....	9
Schaubild 3: Erwerbspersonenanteil in Österreich, Deutschland und der EU15 1960-2003 .....	10
Schaubild 4: Reales Wachstum des BIP je Einwohner in Österreich, Deutschland und der EU15 1960-2005.....	29
Schaubild 5: Nominales Pro-Kopf-BIP in Österreich und Deutschland relativ zum Durchschnitt der EU15 1960-2005.....	30
Schaubild 6: Pro-Kopf-BIP in KKS in Österreich und Deutschland relativ zum Durchschnitt der EU15 1960-2005.....	31

## **Kurzfassung**

Hinsichtlich Beschäftigung und Wirtschaftskraft nimmt Österreich derzeit im Durchschnitt der Europäischen Union eine mittlere Position ein. Lediglich seine Arbeitslosenquote gehört zu den niedrigsten in der EU. Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass Österreichs mittleres Abschneiden zu einem erheblichen Teil auf Sonderfaktoren beruht, die entweder nicht zukunftsfähig sind oder deren Wirkungen sich künftig abschwächen werden. So ist die niedrige Arbeitslosigkeit ganz wesentlich auf großzügige Verrentungsprogramme zurückzuführen, die die Pensionsfinanzen massiv belasten und über steigende Pensionsbeiträge mittelfristig auch die Beschäftigung beeinträchtigen. Auch die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs wurde in den zurückliegenden 15 Jahren entscheidend durch Sonderfaktoren geprägt: den Beitritt zur EU und die EU-Osterweiterung. Ersteres löste einen Wachstums- und Modernisierungsschub aus. Letzteres rückte es vom Rand in die Mitte der Gemeinschaft und damit in eine der besten geographischen Lagen in der EU. Inwieweit es daraus für seine Wirtschafts- und Beschäftigungssituation künftig Kapital schlagen kann, hängt davon ab, ob es seine hausgemachten Schwächen, wie die dominierende Stellung des Staates in der Wirtschaft, den geringen Anteil hoch qualifizierter Arbeitskräfte, die Konzentration auf ein mittleres und niedriges Technologieniveau sowie die maroden sozialen Sicherungssysteme, verbunden mit steigenden Lohnzusatzkosten rasch abbaut. Da sich die Wachstumsimpulse des EU-Beitritts und der EU-Osterweiterung abschwächen werden und ähnliche Impulsgeber in den nächsten zehn Jahren nicht zu erwarten sind, muss Österreich in Zukunft seine Probleme aus eigener Kraft lösen. Dass es dazu das Potential hat, zeigt die hohe Produktivität vieler österreichischer Unternehmen. Aber auch Reformen, wie die Harmonisierung der Pensionssysteme, lassen hoffen, dass sich Österreich entschließt, überholte Strukturen der veränderten Wirklichkeit zügig anzupassen.

# 1. Der Arbeitsmarkt in Österreich

## 1.1 Niedrige Arbeitslosigkeit - leicht überdurchschnittliche Beschäftigung

Österreich gehört seit langem zu den europäischen Ländern mit der geringsten Arbeitslosigkeit. 2003 lag seine Arbeitslosenquote mit 4,4 vH hinter Luxemburg (3,7 vH) und den Niederlanden (3,8 vH) am unteren Ende der Europäischen Union<sup>1</sup> und nur knapp hinter der Schweiz (4,1 vH).<sup>2</sup> Besonders niedrig ist auch die Langzeitarbeitslosigkeit. 2003 waren in Österreich ein Viertel der Arbeitslosen und damit nur halb so viele wie in Deutschland länger als ein Jahr arbeitslos. Geringer war der Anteil nur in Schweden (17,8 vH), Dänemark (19,9 vH) und dem Vereinigten Königreich (23,0 vH).

Weniger gut schneidet Österreich dagegen - wie Tabelle 1 zeigt - beim Vergleich der Erwerbstätigenquoten ab. Zwar lag diese 2003 mit 68,2 vH der Erwerbsfähigen, d.h. der 15- bis 64-Jährigen, über dem EU15-Durchschnitt (64,8 vH) und über der 67-Prozent-Marke, die der Europäische Rat den EU15-Ländern für 2005 als Ziel vorgegeben hat.<sup>3</sup> Bei den Frauen übertraf die österreichische Erwerbstätigenquote mit 61,2 vH die EU-Vorgabe von 57 vH für 2005 sogar deutlich.<sup>4</sup> Aber im Vergleich der wichtigsten westeuropäischen Länder sowie der USA und Japan belegt Österreich bei der Erwerbstätigenquote lediglich einen guten Mittelplatz. In einigen Ländern, die eine höhere Arbeitslosenquote als Österreich aufweisen, wie Dänemark, Schweden, das Vereinigte Königreich und die USA, ist das Beschäftigungsniveau zum Teil deutlich höher.

---

<sup>1</sup> Hier und im folgenden EU15.

<sup>2</sup> Hierbei handelt es sich um die standardisierte Arbeitslosenquote der Europäischen Union, die für 2003 im Befragungsverfahren 166.000 Arbeitslose ermittelte. Die Zahl der beim Arbeitsmarktservice registrierten Arbeitslosen war mit 240.000 deutlich höher. Hinzu kommt, dass die in der öffentlichen Diskussion üblicherweise verwendete nationale österreichische Arbeitslosenquote die Zahl der Arbeitslosen zu der der unselbständig Beschäftigten korreliert. 2003 lag diese Arbeitslosenquote bei 7,0 vH.

<sup>3</sup> Hier und im folgenden werden im Wesentlichen Arbeitsmarktdaten der OECD verwendet.

<sup>4</sup> Die Europäische Kommission beschloss auf ihrem Gipfel in Lissabon am 23./24. März 2000, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Ein Kernpunkt dieser Strategie ist die Erhöhung der Beschäftigung. Auf dem EU-Gipfel in Stockholm 2001 wurden für 2005 folgende Zwischenziele vorgegeben: Erhöhung der Erwerbstätigenquote auf 67 vH und der Frauenerwerbstätigenquote auf 57 vH. Darüber hinaus wurde für über 55-jährige Arbeitnehmer ein zusätzliches Beschäftigungsziel von 50 vH bis 2010 eingeführt.

**Tabelle 1: Erwerbstätigen- und Arbeitslosenquote in Österreich und ausgewählten Industrieländern 2003**

Land	Erwerbstätigenquote	Rang	Arbeitslosenquote	Rang
EU15	64,8	-	8,0	-
Belgien	59,3	17	8,1	13
Dänemark	75,1	3	5,6	9
Deutschland	64,6	13	9,3	16
Finnland	67,4	10	9,0	15
Frankreich	61,9	15	9,4	17
Griechenland	58,0	18	10,0	18
Irland	65,0	12	4,6	6
Italien	56,2	19	8,6	14
Luxemburg	63,6	14	3,7	<b>1</b>
Niederlande	73,6	5	3,8	2
<b>Österreich</b>	<b>68,2</b>	<b>9</b>	<b>4,4</b>	<b>4</b>
Portugal	67,1	11	6,4	12
Spanien	60,7	16	11,3	19
Schweden	74,3	4	5,6	9
UK	72,9	6	5,0	7
Japan	68,4	8	5,3	8
Norwegen	75,9	2	4,5	5
Schweiz	77,8	<b>1</b>	4,1	3
USA	71,2	7	6,0	11

Quelle: OECD

*Österreichische Arbeitskräfte noch häufiger in dauerhafter Vollzeitbeschäftigung*

Anders als in vielen europäischen Ländern - namentlich der Schweiz und Deutschland - sind die österreichischen Arbeitskräfte überdurchschnittlich oft in dauerhaften, arbeits- und sozialrechtlich abgesicherten Vollzeitarbeitsverhältnissen beschäftigt. Obwohl sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten seit Mitte der achtziger Jahre reichlich verdoppelt hatte, war er 2003 mit 13,6 vH immer noch erst halb so hoch wie in der Schweiz und etwa 30 vH niedriger als in Deutschland.<sup>5</sup> Deutlich geringer als in Deutschland und der Schweiz war mit 7,7 vH auch der Anteil befristeter Beschäftigter.<sup>6</sup> Zusammen machten beide Arbeitsformen Anfang des Jahrzehnts hier nur reichlich ein Fünftel der Beschäftigten aus, während der Anteil beispielsweise in Deutschland bei knapp einem Drittel lag.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Vgl. OECD (2004/1), S. 310f.

<sup>6</sup> So wies z.B. Deutschland einen Anteil von 12,9 vH auf.

<sup>7</sup> Nicht um Überschneidungen bei den einzelnen Nicht-Norm-Arbeitsverhältnissen bereinigt.

### *Weniger Schwarzarbeit*

Wie in der Schweiz wird in Österreich die gewerbliche Erwerbsarbeit weitgehend über den offiziellen Markt abgewickelt. 2003 lag der Anteil der Schattenwirtschaft in Österreich bei knapp 11 vH des Bruttoinlandsprodukts.<sup>8</sup> Von den europäischen Ländern wies nur die Schweiz mit 9 vH einen noch niedrigeren Anteil auf. In Deutschland war er dagegen mit 17 vH wesentlich höher. Wird die durchschnittliche Produktivität pro österreichischem Erwerbstätigen zugrunde gelegt, waren 2003 rein rechnerisch etwa 440.000 Arbeitskräfte in der Schattenwirtschaft tätig.<sup>9</sup>

Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, dass die Arbeitszufriedenheit in Österreich hoch ist. Zwei Drittel der Österreicher schätzen ihre Arbeitsmöglichkeiten vor Ort gut bis sehr gut ein. Damit liegen sie zusammen mit den Niederländern und Iren an der Spitze der EU. Drei Viertel der Österreicher halten ihre Arbeit für interessant, zwei Drittel ihren Arbeitsplatz für sicher. Im EU-Vergleich nehmen sie damit einen mittleren Rang ein.<sup>10</sup>

### *Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation seit 1980*

Im langen Trend hat sich allerdings die österreichische Arbeitsmarktsituation verschlechtert. Seit 1980 stieg - wie Schaubild 1 zeigt - die Arbeitslosenquote.<sup>11</sup> Zugleich verringerte sich - wie aus Schaubild 2 hervorgeht - die Erwerbstätigenquote. Wie Schaubild 3 verdeutlicht, sank auch die Erwerbsbeteiligung, d.h. weniger Erwerbspersonen boten ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt an. In der Schweiz und in Deutschland erhöhte sich dagegen nur die Arbeitslosigkeit, während Erwerbstätigkeit und Erwerbsbeteiligung in der Schweiz stark und in Deutschland geringfügig zunahmen. Ob Österreich diese Trends umkehren und seine Arbeitsmarktposition innerhalb Europas verbessern kann, hängt davon ab, wie schnell es seine arbeitsmarktpolitischen Schwächen überwindet.

---

<sup>8</sup> Vgl. Schneider, F. (2004).

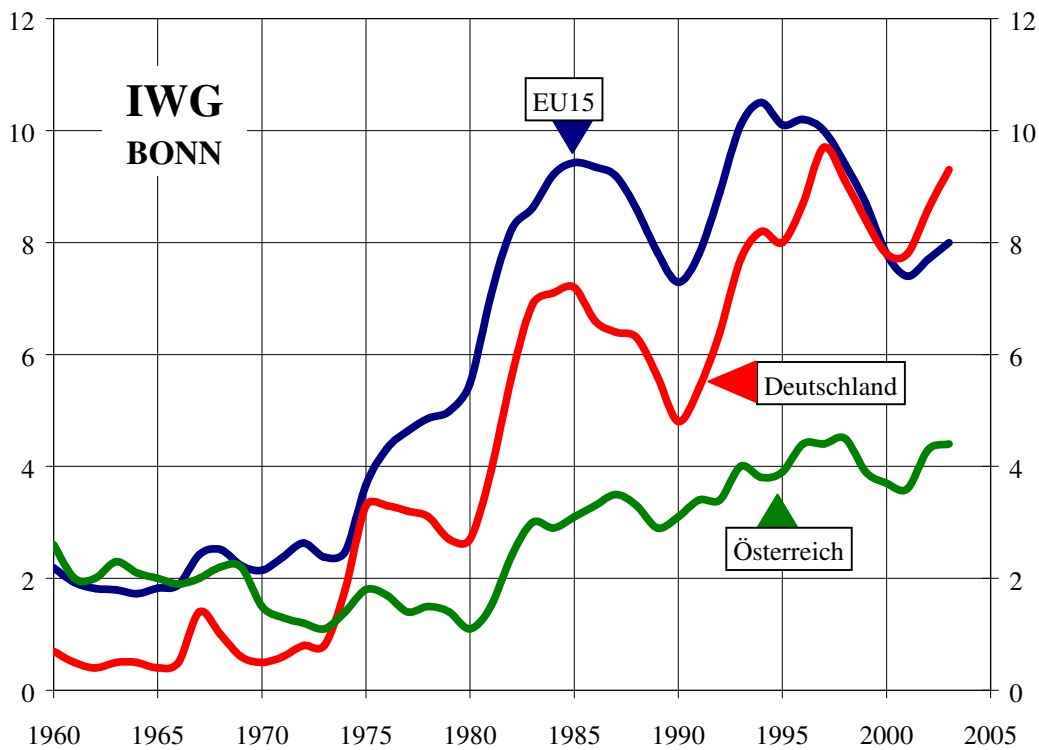
<sup>9</sup> Die durchschnittliche Produktivität pro Erwerbstätigen betrug 2003 55.000 •. Die tatsächliche Produktivität in der Schattenwirtschaft dürfte darunter liegen.

<sup>10</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2004/1), S. 661 f.

<sup>11</sup> Die folgenden Aussagen beruhen auf Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die in der Annual Macro Economic Data Base der Europäischen Kommission (AMECO) zusammengefasst sind. Aufgrund der unterschiedlichen Erfassung sind sie mit den Daten der OECD nur bedingt vergleichbar.



Schaubild 1: Standardisierte Arbeitslosenquote in Österreich, Deutschland und der EU15 1960-2003

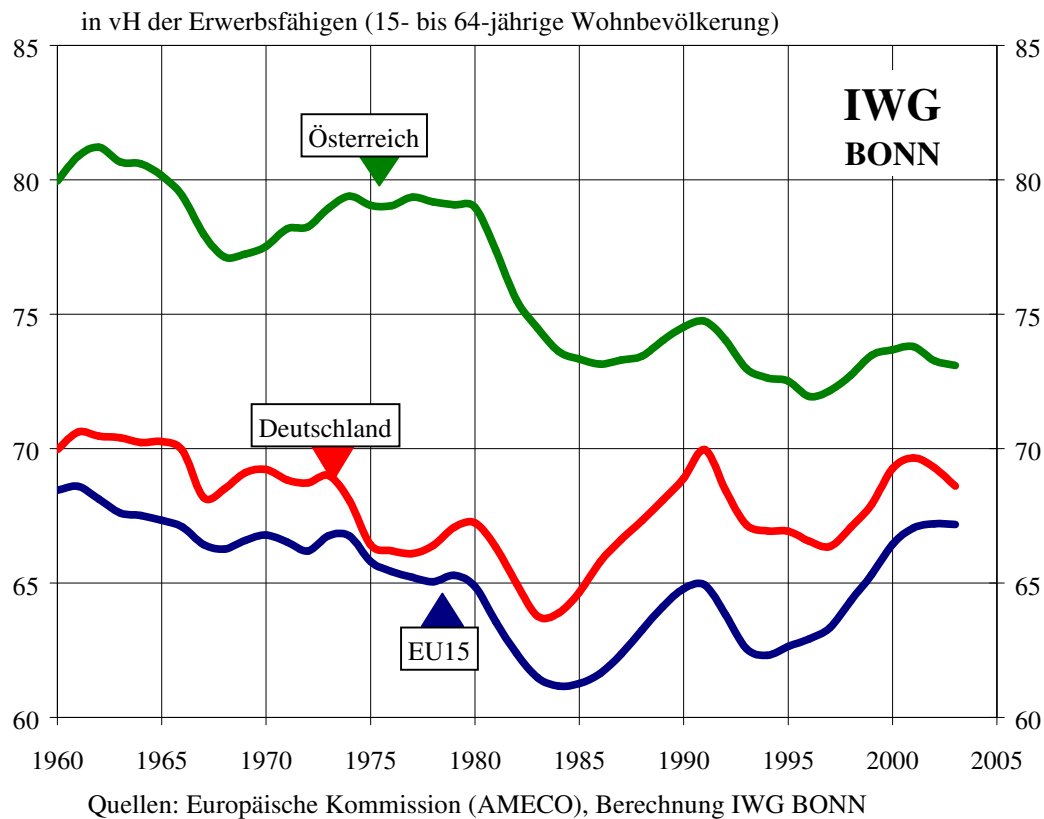


Quellen: Europäische Kommission (AMECO), Berechnung IWG BONN

## 1.2 Ursachen der niedrigen Arbeitslosigkeit und der leicht überdurchschnittlichen Beschäftigung

Insbesondere die niedrige Arbeitslosigkeit beruht auf einer Reihe von Sonderfaktoren, die größtenteils nicht nachhaltig und deshalb nicht übertragbar sind. Ohne diese Sonderfaktoren befände sich Österreich auch mit seiner Arbeitslosenquote allenfalls im Mittelfeld, wenn nicht sogar unter den Ländern mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit. Daneben gibt es allerdings auch institutionelle und strukturelle Rahmenbedingungen, die die Beschäftigungssituation sowohl beförderten als auch beeinträchtigten und damit unter dem Strich eine höhere Erwerbstätigenquote verhinderten.

Schaubild 2: Erwerbstätigenanteil in Österreich, Deutschland und der EU15 1960-2003



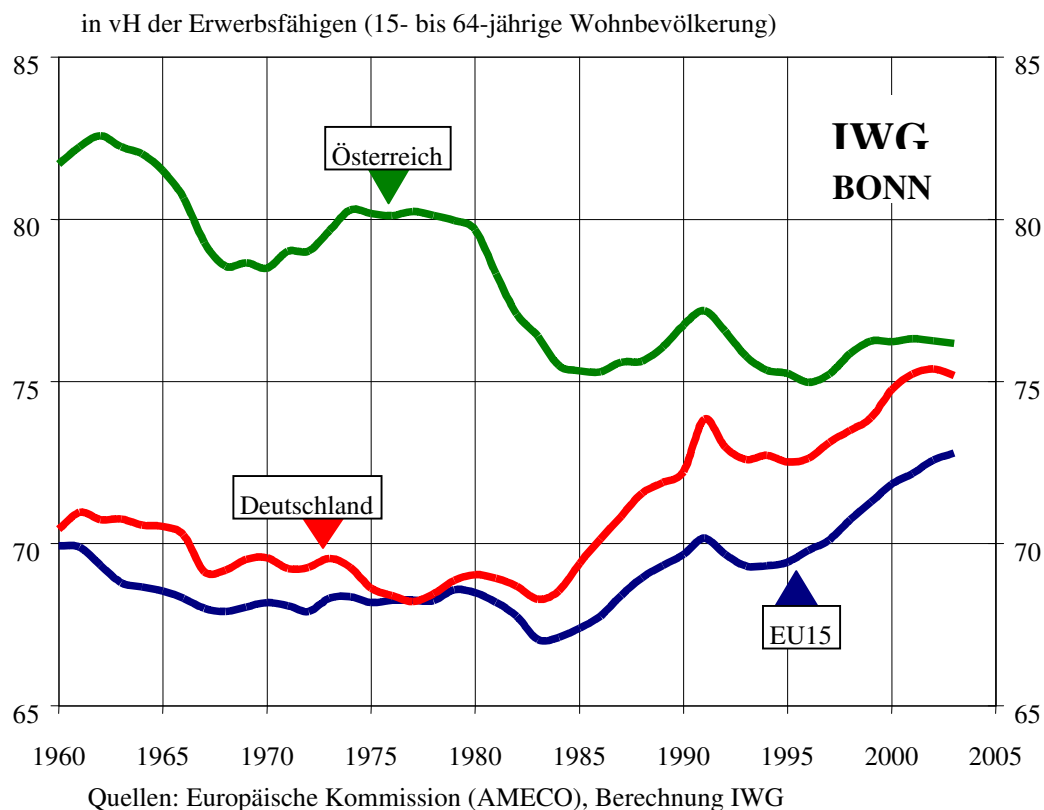
### 1.2.1 Verringerung des Arbeitskräfteangebots durch Frühpensionierung

Die geringe Arbeitslosenquote in Österreich ist ganz wesentlich darauf zurückzuführen, dass - wie in Deutschland - seit Mitte der achtziger Jahre die Zahl der Erwerbspersonen durch großzügige Vorruhe- und Frühpensionsierungsprogramme verringert wurde. Dadurch wurde dem Arbeitsmarkt eine Gruppe von Arbeitskräften entzogen, die in Österreich - wie bis 2002 in Deutschland - überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit, insbesondere von Langzeitarbeitslosigkeit, betroffen ist.<sup>12</sup> 2001 erhielten 220.000 Personen eine vorgezogene Altersrente wegen langer Versicherungsdauer, Arbeitslosigkeit oder geminderter Arbeitsfähigkeit. Hinzu kamen 146.000 Bezieher einer Invaliditätspension, die nach den ersten Einschränkungen der klassischen Frühpensionierung zunehmend als Vehikel in den vorzeitigen Ruhe-

<sup>12</sup> 2003 lag die Arbeitslosenquote der 55- bis 64-Jährigen in Österreich bei 6,2 vH, in Deutschland bei 9,7 vH. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug im selben Jahr 4,4 bzw. 9,3 vH. Vgl. OECD (2004/2), S. 297.

stand diente.<sup>13</sup> Insgesamt wurde durch diese Maßnahme die Zahl der Erwerbspersonen um über 300.000 bzw. rund 8 vH verringert. Entsprechend gingen 2003 in Österreich nur knapp 29 vH der 55- bis 64-jährigen Bevölkerung einer Erwerbstätigkeit nach. Dies war zusammen mit Belgien (28,1 vH) und Italien (30,3 vH) die niedrigste Erwerbstätigenquote Älterer in der EU15. Dabei lag sowohl die Erwerbstätigenquote der älteren Männer mit 39,2 vH als auch die der älteren Frauen mit 19,1 vH erheblich unter dem EU15-Durchschnitt von 53,2 vH bzw. 31,8 vH.

Schaubild 3: Erwerbspersonenanteil in Österreich, Deutschland und der EU15 1960-2003



<sup>13</sup> Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs im Jahr 2000 wurde die Frühpensionierung wegen geminderter Arbeitsfähigkeit abgeschafft. Im Gegenzug wurden die Voraussetzungen für die Invaliditätspension gelockert. Vgl. OECD (2001), S. 60ff.

### *Gefahr steigender Arbeitslosigkeit bei Verwirklichung der Lissabon-Strategie*

Würde die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen in Österreich bereits heute die von der EU für 2010 vorgegebene Zielmarke von 50 vH erreichen,<sup>14</sup> wäre das Arbeitskräfteangebot um rund 5 vH, das sind etwa 190.000, Erwerbspersonen höher.<sup>15</sup> Stünde diesem Zuwachs eine entsprechende Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber, hätte die österreichische Arbeitslosenquote 2003 nicht 4,4, sondern 8,4 vH betragen. Sogar zusätzliche 240.000 Erwerbspersonen würden ihre Arbeitskraft anbieten, wenn in Österreich anteilmäßig so viele 55- bis 64-jährige Arbeitskräfte erwerbstätig wären wie in der Schweiz.<sup>16</sup>

Ab Mitte der achtziger Jahre gehörten in Österreich Frühverrentung und Überbrückungsmaßnahmen für ältere Erwerbspersonen, die das Alter zur Frühverrentung noch nicht erreicht hatten, zu den wichtigsten Instrumenten, um die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten. Sie lösten zunehmend die bis dahin gängige Beschäftigungsstrategie ab, den öffentlichen Sektor als Auffangbecken für Arbeitskräfte zu nutzen, die von der Privatwirtschaft freigesetzt worden waren. Der öffentliche Sektor hortete solche Arbeitskräfte. Diese Strategie endete, als die staatlichen Unternehmen aufgrund der zunehmenden Globalisierung in ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten und schrittweise privatisiert wurden.<sup>17</sup>

### *Begünstigung der Frühpensionierung durch Pensionssystem*

Der vorzeitige Pensionsbezug wurde durch das österreichische Pensionssystem noch begünstigt. Bis 2000 konnten Männer die vorgezogene Alterspension ab dem 60. und Frauen ab dem 55. Lebensjahr ohne Abschläge beziehen. Derzeit liegt die entsprechende Altersgrenze bei 61,5 bzw. 56,5 Jahren. Hinzu kam, dass zwar die wachsende Versicherungsdauer pensionssteigernd wirkte, die persönliche Bemessungsgrundlage aber nur die 18 besten Verdienstjahre umfasste. Dies und die Tatsache, dass sich die Pension von Staatsbeamten - wie in Deutschland - am letzten Gehalt orientierte, tru-

---

<sup>14</sup> So wurde die Frühpensionierung wegen vorangegangener Arbeitslosigkeit abgeschafft und ein Auslaufen der verbleibenden Frühpensionierungsprogramme beschlossen.

<sup>15</sup> 2002 belief sich die 55- bis 64-jährige Wohnbevölkerung auf 934.088.

<sup>16</sup> Die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen betrug 2002 in der Schweiz 64,8 vH.

<sup>17</sup> Vgl. Unger, B. (2001), S. 341ff.

gen dazu bei, dass die Gehälter mit steigendem Alter der Beschäftigten zunahmen. Folglich waren Unternehmen nur allzu bereit, sich mit Hilfe der Frühpensionierung von relativ teuren, älteren Arbeitskräften zu trennen und sie durch billigere, jüngere Arbeitskräfte zu ersetzen oder die Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Die Kosten wurden den sozialen Sicherungssystemen, insbesondere dem Pensionssystem, auferlegt.<sup>18</sup> Da diese Einschränkungen jedoch recht moderat ausfielen - die Mindestgrenze für Frühverrentung von 61,5 Jahre für Männer und 56,5 Jahre für Frauen wird bis 2014 auf 65 bzw. 60 Jahre angehoben -, dürfte der vorzeitige Rentenbezug im Vergleich zu anderen Ländern weiter attraktiv bleiben und die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen nur langsam steigen.

### ***1.2.2 Überzeichnung der Beschäftigung durch Erziehungszeiten, Weiterbildung, Altersteilzeit und Zweitjobs***

2003 waren schätzungsweise mindestens 150.000 Personen oder 4 vH der Erwerbstätigen als Aktive registriert, obwohl sie effektiv keiner Beschäftigung nachgingen oder doppelt gezählt wurden. Unter ihnen waren etwa 100.000 Personen, die Kinderbetreuungsgeld bezogen und von der Erwerbsarbeit freigestellt waren.<sup>19</sup> Hinzu kommen 13.500 Arbeitslose, die an einer mehr als drei Monate dauernden Weiterbildungsmaßnahme teilnahmen.<sup>20</sup> Dazu gerechnet werden müssen ferner 3.000 Personen in Altersteilzeit, die nicht mehr aktiv waren.<sup>21</sup> Außerdem wurden rund 30.000 Beschäftigte doppelt gezählt, da sie einen Zweitjob ausübten. Schließlich gab es im privaten wie öffentlichen Sektor noch eine nicht bezifferbare Zahl von älteren, nicht mehr erwerbstätigen Personen, die in der Sozialversicherung weiter als Beschäftigte versichert waren und deshalb in der Statistik als Erwerbstätige geführt wurden.<sup>22</sup>

---

<sup>18</sup> Von 1990 bis 2001 stieg der Anteil der Pensionsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 9,8 auf 10,9 vH. Vgl. Statistik Austria (2004), S. 189.

<sup>19</sup> Laut Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) werden Kinderbetreuungsgeldbezieher, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, doppelt gezählt. Zur Beschäftigtenstatistik vgl. ausführlich Lutz, H./Walterskirchen, E. (2004), S. 2.

<sup>20</sup> Sie werden ab 2004 allerdings nicht mehr in der Erwerbstätigenstatistik erfasst.

<sup>21</sup> Die Zahl letzterer dürfte künftig deutlich zunehmen, da die 2000 eingeführte Altersteilzeit von immer mehr Menschen in Anspruch genommen wird. Allerdings können ab 2004 Beschäftigte die Altersteilzeit nur noch im Block in Anspruch nehmen, wenn nach ihrem Ausscheiden eine Teilzeitkraft eingestellt wird. Vgl. a.a.O., S. 4.

<sup>22</sup> Vgl. Lutz, H./Walterskirchen, E. (2004), S. 4.

Um die Arbeitsmarktentwicklung künftig realistisch beurteilen zu können, sollte die Zahl der Erwerbstätigen um Personen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen, bereinigt werden. Allerdings dürften die traditionelle Definition und Erfassung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit die Wirklichkeit immer unzureichender widerspiegeln, da die Zahl derjenigen, die zwischen Erwerbstätigkeit, Kindererziehung, Weiterbildung, Projektarbeit und anderen Arbeitsformen pendeln, in Zukunft zunehmen wird.

### ***1.2.3 Überdurchschnittliche Beschäftigung in der staatlich subventionierten Landwirtschaft und im Tourismus***

Ursächlich für die gerade auch im Vergleich zu Deutschland höhere Beschäftigung sind ferner deutlich höhere Erwerbstätigenanteile in Landwirtschaft und Tourismus. Dadurch sind viele an- und ungelernte Arbeitskräfte als Selbständige oder abhängig Beschäftigte im ersten Arbeitsmarkt integriert, die in wissens- und kapitalintensiven Industrie- und Dienstleistungsbereichen nur schwer eine Beschäftigung fänden.

Landwirtschaft und Tourismus spielen in Österreich aufgrund seiner besonderen topographischen und klimatischen Bedingungen für Wirtschaft und Beschäftigung eine herausragende Rolle.<sup>23</sup> Da insbesondere das Hochalpenland überwiegend nur landwirtschaftlich und/oder touristisch und hier lediglich von kleinen, häufig unrentablen Betrieben genutzt werden kann,<sup>24</sup> versucht der österreichische Staat, durch Subventionen ein landschaftlich attraktives Umfeld zu erhalten und eine Entvölkerung dieser Regionen zu verhindern.<sup>25</sup> 2003 waren 215.000 Menschen oder reichlich 5 vH der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft aktiv - ein reichlich doppelt so hoher Anteil wie in Deutschland.<sup>26</sup> Allerdings ist die höhere Erwerbstätigenquote in der österreichischen Landwirtschaft nicht nur auf die kleinräumige Struktur zurückzuführen, sondern auch darauf, dass hier extensive Produktionsweisen stärker gefördert und damit nachhaltige und zukunftsfä-

---

<sup>23</sup> 2003 trug die Landwirtschaft mit 1,8 und der Tourismus mit reichlich 4 vH zum Bruttoinlandsprodukt bei.

<sup>24</sup> Österreich hat - bezogen auf seine Fläche - innerhalb der EU15 mit 70 vH den höchsten Anteil an Berggebieten.

<sup>25</sup> Die Landwirtschaft wurde 2003 vom Staat mit reichlich 2 Milliarden Euro gefördert.

<sup>26</sup> Vgl. OECD (2004/2), S. 127.

hige Strukturen geschaffen werden.<sup>27</sup> Auch im Tourismus arbeiteten mit 212.000 bzw. etwa 5 vH der Erwerbstätigen anteilmäßig deutlich mehr Personen als in Deutschland. Hier waren es knapp 3 vH.<sup>28</sup>

#### *Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemangel im Tourismussektor*

In Österreichs Tourismussektor ist jedoch nicht nur die Erwerbstätigkeit besonders hoch, sondern aufgrund deutlicher saisonaler Schwankungen auch die Arbeitslosigkeit. Die ausgeprägte Saisonbeschäftigung wirkt somit auf den Arbeitsmarkt ambivalent. Würden in Österreich in beiden Wirtschaftssektoren nur so viele Menschen arbeiten wie in Deutschland, müssten sich zwar 200.000 Erwerbspersonen eine andere Tätigkeit suchen. Doch verringerte sich dadurch möglicherweise zugleich auch die Arbeitslosenquote. 2002 war letztere im Tourismus fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Volkswirtschaft.<sup>29</sup>

Allerdings war die durchschnittliche Arbeitslosigkeit kurz. Im Tourismus betrug sie weniger als drei Monate. Zwei Drittel derjenigen, die die Arbeitslosigkeit beendeten, nahmen direkt eine Beschäftigung auf und stellten insofern keine Herausforderung für die Arbeitsvermittlung dar.<sup>30</sup> Doch wird dadurch auch deutlich, dass viele Beschäftigte in Landwirtschaft und Tourismus kein durchgehendes Jahreseinkommen erzielen können, das zudem ausreichende Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme begründet.

Dies dürfte neben unattraktiven Arbeitszeiten dazu beitragen, dass im Tourismus, wie zum Teil auch in der Landwirtschaft, erheblicher Arbeitskräftemangel herrscht, der ähnlich wie in Deutschland nur durch zunehmende Saisonbeschäftigung von Nicht-EU-Ausländern behoben werden kann. 2002 waren im Jahresdurchschnitt 10.761 Saisonarbeitskräfte im Tourismus tätig, obwohl laut Verordnung nur 8.000 vorgesehen waren.<sup>31</sup>

---

<sup>27</sup> Jeder zehnte österreichische Bauer wirtschaftet ökologisch. Vgl. FAZ (2004) sowie OECD (2001), S. 145.

<sup>28</sup> Für Österreich vgl. Statistik Austria, Erwerbstätige laut Labour Force Konzept; für Deutschland vgl. Statistisches Bundesamt (2004/2), S. 442.

<sup>29</sup> 2003 waren im Tourismussektor knapp 33.000 arbeitslos. Die Zahlen beziehen sich auf den weitergefassten Sektor des Gaststätten- und Beherbergungswesens. Vgl. Leodolter, S./Kaske, R. (Hrsg.) (2003), S. 55 ff.

<sup>30</sup> Vgl. a.a.O. S. 51ff.

<sup>31</sup> Insgesamt waren 2002 auf rund 28.000 freigegebenen Kontingentplätzen reichlich 57.000 Arbeitskräfte tätig. Vgl. a.a.O. S. 79.

Landwirtschaft, vor allem aber Tourismus dürften ihre besondere beschäftigungspolitische Bedeutung auch künftig beibehalten. Um angesichts des zunehmenden weltwirtschaftlichen Drucks auf die Erwerbsbevölkerung in Österreich nicht gänzlich aus dem Arbeitsmarkt gedrängt zu werden, könnten künftig mehr ansässige Erwerbspersonen vor allem im Tourismus bereit sein, die Nachteile dieser Beschäftigungen, wie hohe Fluktuation, hohes Arbeitslosenrisiko und unattraktive Arbeitszeiten, in Kauf zu nehmen.

#### ***1.2.4 Effiziente Arbeitsvermittlung***

Neben den beschriebenen Sonderfaktoren wird die Beschäftigungssituation in Österreich auch durch strukturelle und institutionelle Rahmenbedingen wie eine effiziente Arbeitsvermittlung und moderate Tarifpolitik gefördert. Schon Mitte der neunziger Jahre und damit wesentlich früher als in Deutschland hatte hier die Regierung die Intensivierung der Vermittlungsaktivitäten in den Mittelpunkt ihrer aktiven Arbeitsmarktpolitik gestellt, um insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit vorzubeugen.<sup>32</sup> Durch ein verbessertes Betreuungsverhältnis, dezentrale Strukturen und konsequente Kundenorientierung – Maßnahmen, die in Deutschland erst 2002 und 2003 mit den Hartz-Gesetzen beschlossen wurden - gelang es dem österreichischen Arbeitsmarktservice (AMS), die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 126 Tagen 1994 auf 101 Tage 2003 zu verkürzen und den Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen von 18,4 auf 7,9 vH zu verringern.<sup>33</sup> Zugleich blieben offene Stellen durchschnittlich nur noch 30 Tage unbesetzt. 1994 waren es 45 Tage.<sup>34</sup>

Zu diesem Ergebnis trugen noch drei weitere Elemente bei, die in Deutschland bisher nicht Teil einer Arbeitsmarktreform waren: national verbindliche, quantifizierte Zielvorgaben in Bezug auf Stellenbesetzungen, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration,<sup>35</sup> umfangreiche Qualitätskon-

---

<sup>32</sup> Verantwortlich für die Arbeitsvermittlung ist der 1994 gegründete Arbeitsmarktservice (AMS), der wie in Deutschland die Agentur für Arbeit für die aktive und passive Arbeitsmarktpolitik zuständig ist.

<sup>33</sup> Vgl. AMS (2004), S. 13 und 14. Die Zahlen sind mit den höheren Langzeitarbeitslosenquoten der OECD nicht vergleichbar. Die Angaben der OECD beruhen auf Befragungen. Z.B. fassen kranke Arbeitslose ihre Krankheit nicht als Beendigung der Arbeitslosigkeit auf, während sie in der nationalen Arbeitslosenstatistik nach drei Tagen eliminiert werden.

<sup>34</sup> Vgl. a.a.O., S. 20.

<sup>35</sup> Vgl. a.a.O. S. 16.



trollen und laufende Evaluierungen sowie leistungsabhängige Bezahlungen für AMS-Mitarbeiter. Effizienzsteigernd wirken ferner die im Vergleich zu Deutschland weniger umfangreichen Vorschriften und Durchführungsanweisungen sowie einfachere Berechnungen des Leistungsbezugs.<sup>36</sup> Arbeitslose können ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld per Mausklick selbst berechnen.

#### *Erfolgreiche Vermittlung trotz umfangreicher sozialer Absicherung*

Österreichs Vermittlungserfolge sind um so beachtlicher, als die Arbeitslosenversicherung Arbeitslose in Österreich mindestens ebenso umfangreich absichert wie in Deutschland.<sup>37</sup> Auch in Österreich erhalten Arbeitslose - zunächst zwanzig Wochen - Arbeitslosengeld, das 55 vH des letzten bzw. vorletzten Nettolohns bzw. -gehalts beträgt.<sup>38</sup> Dieser Betrag kann durch Familienzuschläge und einen sogenannten Ergänzungsbetrag aufgestockt werden. Für langjährig Versicherte kann die Bezugsdauer bis zu einem Jahr betragen. Bei Bedürftigkeit erhält der Arbeitslose anschließend unbefristet eine "Notstandshilfe" in Höhe von etwa 50 vH des Nettoentgelts. Wie in Deutschland wurden auch in Österreich die Zumutbarkeitskriterien, nach denen der Arbeitslose eine zugewiesene Arbeit annehmen muss, verschärft. Diese muss u.a. "angemessen" entlohnt sein und darf dem Arbeitslosen eine künftige Verwendung in seinem Beruf nicht "wesentlich" erschweren. Arbeitslose, die innerhalb von 120 Tagen vermittelt werden, müssen mindestens vier Fünftel ihres früheren Lohns erhalten, danach mindestens drei Viertel.<sup>39</sup>

Allerdings wird die Arbeitsvermittlung in Österreich dadurch erleichtert, dass aufgrund der starken Inanspruchnahme der Frühverrentung weniger ältere und damit schwer vermittelbare Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen. Vermittlungsfördernd wirkt ferner die um 50 vH

---

<sup>36</sup> Die Bemessungsgrundlage ist das durchschnittliche Arbeitsentgelt des letzten bzw. vorletzten Jahres. Vgl. Konle-Seidl, R./Winkler, W. (2002), S. 3.

<sup>37</sup> Nach der Einführung des Arbeitslosengeldes II in Deutschland 2005 ist Österreichs Arbeitslosenversicherung sogar großzügiger als die deutsche.

<sup>38</sup> Die Beitragsbemessungsgrenze lag 2004 bei 3.450 Euro monatlich.

<sup>39</sup> Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hrsg.) (2004), S. 122.

höhere wirtschaftliche Dynamik, die Österreich in den zurückliegenden zehn Jahren beispielsweise im Vergleich zu Deutschland verzeichnete.<sup>40</sup>

Mit der Lockerung des Kündigungsschutzes für Ältere<sup>41</sup> und der Umwandlung der potentiellen Zahlungen der Arbeitgeber für Abfindungen in eine umlagefinanzierte „betriebliche Mitarbeitervorsorge“ der Arbeitgeber beseitigte die österreichische Regierung 2003 einige mobilitätshemmende Regelungen und verbesserte damit die beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen weiter. Allerdings ist noch vieles verbesserungsbedürftig. Die gleichzeitige Existenz von zwei bedürfnisorientierten Systemen, der Notstandshilfe und der Sozialhilfe, ist bürokratisch, kostenintensiv und wenig zielgerichtet. Pläne zur Zusammenlegung bestehen, aber, anders als in Deutschland, noch nicht umgesetzt.<sup>42</sup> Und die Vermittlung muss ihre wahre Bewährungsprobe noch bestehen, wenn die Frühverrentung schrittweise eingeschränkt wird und vermehrt Arbeitskräfte vermittelt werden müssen, die zu den Risikogruppen des Arbeitsmarktes zählen.

### ***1.2.5. Durchschnittliche Arbeitskosten***

Im weltweiten Vergleich ist Österreich ein Hochlohnland. Im Vergleich mit den wichtigsten Industrieländern liegt es jedoch im Mittelfeld – deutlich hinter Westdeutschland und der Schweiz. Dies ist ein Standortvorteil, der sich positiv auf die Arbeitskräftenachfrage auswirkt. 2003 kostete eine Arbeitsstunde im verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt 21,32 Euro und damit 5,77 Euro weniger als in Westdeutschland.<sup>43</sup> Werden nur die Direktentgelte verglichen, schneidet Österreich noch deutlich besser ab. Sie betrugen 2003 11,47 Euro und damit nur 1,30 Euro mehr als in Ostdeutschland. Dagegen nahm Österreich beim Vergleich der Lohnzusatzkosten hinter Westdeutschland und Belgien, Finnland und den Niederlanden eine Spitzenposition ein. Ihrem Anstieg ist es ganz wesentlich zuzuschreiben, dass sich seit 1980 die Kostenposition Österreichs gegenüber vielen ande-

---

<sup>40</sup> Vgl. Ziffer 2.1.

<sup>41</sup> Demnach greift der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer erst nach einer Beschäftigung von zwei Jahren statt wie bisher nach sechs Monaten. Vgl. OECD (2003), S. 74.

<sup>42</sup> Vgl. OECD (2003), S. 57f.

<sup>43</sup> Vgl. Schröder, C. (2004), S. 36.

ren Industrieländern, namentlich Westdeutschland, verschlechterte.<sup>44</sup> 1980 hatten die österreichischen Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe erst reichlich zwei Drittel der westdeutschen betragen. Bis 2003 war dieser Anteil auf knapp vier Fünftel gestiegen.<sup>45</sup>

### *Maßvolle Tarifpolitik mit Hilfe der Sozialpartnerschaft*

Ursächlich für die relativ günstige Entwicklung der österreichischen Arbeitsentgelte ist eine vernünftige Tarifpolitik, die sich neben maßvollen Lohnabschlüssen auch in langen tariflichen und effektiven Arbeitszeiten niederschlägt. 2002 betrug die tarifliche Jahressollarbeitszeit für Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe 1.720 Stunden und damit 163 Stunden mehr als in Westdeutschland und immerhin noch 35 Stunden mehr als in Ostdeutschland.<sup>46</sup> Österreichische Erwerbstätige arbeiteten damit pro Arbeitstag 50 Minuten länger als ihre west- und 10 Minuten länger als ihre ostdeutschen Kollegen. Auch im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt arbeiteten Österreichs Erwerbstätige 2003 mit jahresdurchschnittlich 1.550 Stunden effektiv 104 Stunden länger als in Deutschland. Die längeren Arbeitszeiten führten auch dazu, dass sie trotz geringerer Stundenlöhne kaum weniger verdienten als die Deutschen.

Darüber hinaus ließen die österreichischen Tarifparteien in Zeiten konjunktureller Schwächen immer wieder betriebliche Sonderregelungen zu, die erheblich zu der vergleichsweise hohen gesamtwirtschaftlichen Lohnflexibilität des österreichischen Arbeitsmarktes beitrugen.<sup>47</sup> Die Grundlage hierfür bildet ein enges, freiwilliges Zusammenwirken von Arbeitgebern und Gewerkschaften, die sogenannte Sozialpartnerschaft,<sup>48</sup> deren wichtigstes Ziel die Erhaltung von Arbeitsplätzen und die Verhinderung von Arbeitslosigkeit ist. Ihr ist es zuzuschreiben, dass sich die Tarifverträge in den zurückliegenden Jahrzehnten häufiger als in anderen Ländern an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität orientierten und die Streikquote gering

---

<sup>44</sup> 1980 machten die Lohnzusatzkosten in Österreich in 82 vH der Direktentgelte aus, 2003 waren es 86 vH. Vgl. a.a.O., S. 37.

<sup>45</sup> Vgl. a.a.O.

<sup>46</sup> Vgl. IW (2004), S. 8.

<sup>47</sup> Vgl. OECD (2001), S. 13, OECD (2003), S. 14 und Unger, B. (2001), S. 355.

<sup>48</sup> Sie besteht aus der Bundeswirtschaftskammer, der Landwirtschaftskammer, dem österreichischen Gewerkschaftsbund, der Landesarbeitskammer und der Bundesfinanzkammer.

blieb.<sup>49</sup> Allerdings ging ihr Einfluss weit über die Lohnfindung hinaus. In enger Kooperation mit dem Staat wirkte sie als wirtschaftliche Ordnungsmacht, die fast alle Bereiche mitgestaltete.

### *Der Preis des Korporatismus*

Das korporatistische System hatte jedoch seinen Preis. Zunächst wurden die Lohnzurückhaltungen mit dem Horten von Arbeitskräften in den staatlichen Industriebetrieben und im öffentlichen Dienst sowie stark reglementierten Güter- und Dienstleistungsmärkten erkaufte. Danach wurden sie gegen großzügige Frühverrentungsprogramme sowie weitere Sozialleistungen eingetauscht, die zu immer höheren Belastungen der Sozialversicherungen, aber auch höheren Lohnzusatzkosten führten. Zu weiteren Nachteilen der gegenwärtigen Tarifpolitik zählen die geringe Lohnspreizung sowie der niedrige Anteil von Geringsverdienern.<sup>50</sup> Dies dürfte neben den hohen Lohnzusatzkosten mit zu der überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote gering Qualifizierter beigetragen haben.<sup>51</sup> Ferner sind aufgrund der ausgeprägten Skepsis der Arbeitnehmervertreter gegenüber Teilzeit- und befristeter Beschäftigung diese Arbeitsformen in Österreich unterdurchschnittlich verbreitet.<sup>52</sup> Damit werden Beschäftigungschancen insbesondere für Frauen und Ältere vergeben. Schließlich erweist sich die konsensorientierte Sozialpartnerschaft immer öfter als zu schwerfällig, um die durch die Globalisierung diktierten Strukturveränderungen schnell genug durchzuführen.

Eine schwere Belastung mit Blick auf die Zukunft stellt die Entwicklung der Lohnzusatzkosten dar. Ohne weitere grundsätzliche Reformen der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere des Pensionssystems, wird die Alterung der Bevölkerung die Lohnzusatzkosten drastisch erhöhen und jede moderate Tarifpolitik konterkarieren. Dies gilt umso mehr, als Österreich in den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedern in nächster Nähe ernsthafte Mitbewerber um Investitionen entstanden sind. In Tschechien kostete 2003 ein Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe lediglich ein Fünftel, in Polen und

---

<sup>49</sup> Mit 0,2 Tagen pro tausend abhängig Beschäftigte wies Österreich im Mittelwert 1998 bis 2002 die wenigsten Streiktage im westlichen Europa auf. Vgl. Eichhorst, W. u.a. (2004), S. 152.

<sup>50</sup> Vgl. a.a.O., S. 147 sowie European Commission (2003), S. 111.

<sup>51</sup> Diese ist allerdings auch auf die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit im Tourismus zurückzuführen. Vgl. Ziffer 1.2.3.

<sup>52</sup> Vgl. auch Unger, B. (2001), S. 354.

der Slowakei sogar nur ein Siebtel dessen, was ein österreichischer Arbeiter verlangte.<sup>53</sup>

### ***1.2.6 Wenige hoch qualifizierte Erwerbspersonen***

Die österreichische Beschäftigungssituation wird allerdings auch durch eine Reihe ungünstiger Einflüsse auf Arbeitskräfteangebot und -nachfrage beeinträchtigt. Dass die Erwerbstätigenquote in Österreich im Vergleich zu den wichtigsten westlichen Industrieländern nur durchschnittlich ist, liegt u.a. an dem im internationalen Vergleich geringen formalen Qualifikationsniveau der österreichischen erwerbsfähigen Bevölkerung. Reichlich ein Fünftel der 25- bis 64-Jährigen verfügten 2002 lediglich über einen Pflichtschulabschluss. Dagegen hatten nur 17 vH eine Fach- oder Hochschule absolviert. In Deutschland war das Verhältnis genau umgekehrt. In der Schweiz war der Anteil der Fach- und Hochschulabsolventen sogar beinahe doppelt so hoch wie derjenigen, die nur die Grundstufe oder Sekundarstufe I abgeschlossen hatten.<sup>54</sup> Obwohl das Bildungsniveau der Erwerbsbevölkerung geringfügig höher war,<sup>55</sup> ist Österreich damit für die Entwicklung zur immer stärker wissensbasierten Wirtschaft, die mit steigenden Qualifikationsanforderungen an die Erwerbsbevölkerung einhergeht, schlechter gerüstet als viele andere Länder, z.B. die Schweiz. Denn Österreich hat auch einen unterdurchschnittlichen Anteil an Absolventen naturwissenschaftlicher und technischer Disziplinen.<sup>56</sup>

### ***Drohender Arbeitskräftemangel***

Vor allem der geringe Anteil an 25- bis 64-Jährigen mit tertiärer Bildung könnte als Beschäftigungs- und Wachstumsbremse wirken.<sup>57</sup> Hierfür spricht, dass 2001 in Österreich die Beschäftigung sowohl in den Spitzen-

---

<sup>53</sup> Vgl. Schröder, C. (2004), S. 36.

<sup>54</sup> Vgl. WKO (2003).

<sup>55</sup> 2001 hatten 20,3 vH der Erwerbspersonen einen Pflichtschulabschluss, 58,3 vH eine Lehre bzw. höhere Schule sowie 21,3 vH eine Fachschule, Fachhochschule oder Hochschule absolviert. Vgl. Beidernikel, G./Paier, D. (2003), S. 12.

<sup>56</sup> Von 1.000 20- bis 29-Jährigen hatten in Österreich 2001 7,3 einen Tertiärabschluss in naturwissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen. In Frankreich lag der Anteil bei 20,2, im Vereinigten Königreich bei 19,5, in Schweden bei 12,4, in Deutschland aber auch nur bei 8,0. Vgl. Eurostat (2004/1).

<sup>57</sup> Vgl. Ziffer 2.2.6.

technologien und Sektoren mit hochwertiger Technologie des verarbeitenden Gewerbes als auch in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen unterhalb des Durchschnitts der EU15 lag.<sup>58</sup> Dadurch blieben wichtige Produktivitäts- und Wachstumschancen ungenutzt. In einigen Branchen gelingt es nicht, offene Stellen mit qualifizierten Arbeitskräften zu besetzen.<sup>59</sup> Angesichts des programmierten zahlenmäßigen Rückgangs der Erwerbsbevölkerung könnte sich dieser Befund künftig drastisch verschärfen. Denn künftig werden zahlenmäßig weniger junge und damit frisch ausgebildete Erwerbspersonen auf den Arbeitsmarkt kommen. Um dennoch im wachsenden Wettbewerb um Produktionsstandorte von hochtechnisierten und hochwertigen Gütern und Dienstleistungen bestehen zu können, muss Österreich erhebliche Anstrengungen unternehmen, seine Erst- und Weiterbildungssysteme zu verbessern und das Bildungsniveau seiner Erwerbsbevölkerung zu heben.

#### *Allerdings Vorsprung bei der Modernisierung des Hochschulwesens*

Zwar rangiert Österreich im PISA-Test in der oberen Hälfte der teilnehmenden Länder und damit weit vor Deutschland. Doch zeigt die Tatsache, dass es für die schulische Bildung am meisten von allen Ländern aufwendet, dass deren Effizienz zu verbessern ist. Darüber hinaus ist wie in Deutschland auch das Weiterbildungssystem entwicklungsbedürftig. 2002 nahmen 7,5 vH der 25- bis 64-Jährigen an einer Weiterbildungsmaßnahme teil. Das waren geringfügig mehr als in Deutschland, aber nur ein Fünftel derer, die sich in der Schweiz weiterbildeten.<sup>60</sup> Um das Beschäftigungspotential von Frauen und Älteren stärker auszuschöpfen, wurde eine Zukunftskommission gegründet, die unter anderem Vorschläge zum Ausbau der Weiterbildung unterbreiten soll. Erste Fortschritte wurden bei der Modernisierung des schwerfälligen und teuren Hochschulsystems erzielt. Die 2001 eingeführten Studiengebühren haben bereits zu einer Verkürzung der Studiendauer geführt. Hochschullehrer werden nicht mehr lebenslang angestellt und künftig stärker leistungsbezogen entlohnt. Ferner wurde die fi-

---

<sup>58</sup> Vgl. Eurostat (2004/2).

<sup>59</sup> Vgl. OECD (2001), S. 84.

<sup>60</sup> Vgl. WKO (2003).

nanzielle und inhaltliche Eigenständigkeit der Universitäten gestärkt.<sup>61</sup> Damit hat Österreich wichtige Maßnahmen zur Anpassung des Bildungssystems an die veränderten Anforderungen ergriffen, die in Deutschland seit langem diskutiert, aber bisher noch nicht verwirklicht wurden.

### ***1.2.7 Hohe Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer***

Dämpfend auf die Arbeitsbereitschaft und damit das Arbeitskräfteangebot wirken die hohen Steuern und Sozialabgaben, die österreichische Beschäftigte von ihren Arbeitseinkommen an den Staat abführen müssen. Insbesondere die hohe Grenzsteuerbelastung ist mit dafür verantwortlich, dass im internationalen Vergleich die Teilzeitbeschäftigung unterdurchschnittlich und die Frauenerwerbstätigkeit nur mittelmäßig ist. Wie in Deutschland wird in Österreich ein berufstätiges Ehepaar mit zwei Kindern unter Einbeziehung der empfangenen Transfers mit Steuern und Abgaben zwar deutlich weniger belastet als ein alleinstehender Verdiener. Mit einer Gesamtbelastung von 31,9 vH des Arbeitseinkommens<sup>62</sup> lag 2002 Österreich - wie Tabelle 2 zeigt - im Mittelfeld der wichtigsten europäischen Länder.<sup>63</sup> Wesentlichen Anteil an dieser mittleren Position hatten die hohen Sozialbeiträge, die zur Absicherung von Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und Alter entrichtet werden müssen. Denn beim Vergleich der Einkommensteuerbesteuerung verheirateter Durchschnittsverdiener befand sich Österreich unter den Ländern mit der geringsten Belastung.<sup>64</sup>

Österreichs Position verschlechtert sich jedoch deutlich, wenn die Steuer- und Abgabenbelastung des Doppelverdienerpaares auf zusätzliches Einkommen mit anderen Ländern verglichen wird. Von jedem zusätzlich verdienten Euro musste das österreichische Paar 2001 per Saldo für den Hauptverdiener 56 Cent und den geringer verdienenden Partner - häufig die Frau - 40 Cent ihres zusätzlichen Verdienstes an den Staat abführen.<sup>65</sup> Höhere Belastungen wiesen nur Belgien, Dänemark, Deutschland und Finnland auf. An dieser Belastung ändert auch der 2004 eingeführte Kinderzu-

---

<sup>61</sup> Vgl. Kasparovsky, H./Wadsack, I. (2004).

<sup>62</sup> Inklusive Arbeitgeberbeitrag.

<sup>63</sup> Vgl. BMF (2003), S. 33.

<sup>64</sup> Vgl. Eichhorst, W./Thode, E. (2004), S. 210f.

<sup>65</sup> Vgl. a.a.O. S. 214.

schlag für Alleinverdiener und Alleinerziehende nichts. Damit bleibt auch künftig der Anreiz für Doppelverdiener gering, zusätzliche berufliche Anstrengungen zu unternehmen. Vor allem sinkt die Neigung des nicht erwerbstätigen Ehepartners in Alleinverdienerhaushalten, sich eine Arbeit zu suchen.

**Tabelle 2: Gesamtbelastung\* von Lohnkosten in Österreich und ausgewählten Industrieländern 2002**

Land	Alleinstehend**	Verheiratet***	Verheiratet****
	in vH der Lohnkosten		
Belgien	55,3	40,1	42,5
Dänemark	43,3	30,9	35,7
Deutschland	51,3	32,5	38,7
Finnland	45,4	38,5	37,4
Frankreich	47,9	39,2	37,8
Griechenland	34,7	35,1	34,9
Irland	24,5	9,0	13,5
Italien	46,0	34,0	39,3
Luxemburg	31,5	9,0	12,8
Niederlande	35,6	25,2	29,1
<b>Österreich</b>	<b>44,8</b>	<b>29,6</b>	<b>31,9</b>
Polen	42,7	37,7	41,4
Portugal	32,5	23,4	24,6
Schweden	47,6	40,5	41,3
Slowakei	41,4	29,6	34,1
Spanien	38,2	31,4	34,5
Tschechien	43,5	28,7	35,4
Ungarn	46,3	30,2	32,1
Vereinigtes Königreich	29,7	18,2	18,0

\*Sozialbeiträge und Lohnsteuer gemindert um familienbezogene Leistungen

\*\*ohne Kind, Durchschnittseinkommen \*\*\*2 Kinder, Alleinverdiener mit Durchschnittseinkommen

\*\*\*\*2 Kinder, ein Durchschnittseinkommen und 33 vH eines weiteren Durchschnittseinkommens

Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2003), Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich, Berlin, S. 31.



### 1.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Österreichs Arbeitsmarktsituation ist schlechter als Arbeitslosen- und Erwerbstätigenquote signalisieren. Erstere wird durch kostspielige Frühverrentungsprogramme künstlich niedrig gehalten. Letztere wird durch ungenaue statistische Erfassungen teilweise überzeichnet. Ein hoher Anteil von Erwerbspersonen befindet sich ganz oder teilweise in der Obhut des Staates, sei es in staatlich finanzierter Frühpensionierung, sei es in staatlich geförderter Beschäftigung in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus - ein Zustand, der aufgrund der immer engeren finanziellen Spielräume des Staates nicht bzw. nur eingeschränkt fortgesetzt werden kann. Problematisch ist auch der niedrige Anteil Hochqualifizierter. Angesichts des schärfer werdenden Lohnwettbewerbs, angetrieben durch die neuen EU-Mitglieder, müssen frühindustrialisierte Länder wie Österreich ihre Chancen vor allem bei innovativen, qualitativ hochwertigen Gütern und Diensten suchen. Belastend für den Arbeitsmarkt wirken auch die hohen Kosten der generösen sozialen Sicherungssysteme, die sich in hohen Lohnzusatzkosten für Arbeitgeber und hohen Abgaben für Arbeitnehmer niederschlagen und damit sowohl Arbeitskräftenachfrage als auch Arbeitskräfteangebot dämpfen.

Diesen Schwächen des österreichischen Arbeitsmarktes stehen Stärken gegenüber. Allerdings reichen die effiziente Arbeitsvermittlung, die im Vergleich zu den westlichen Nachbarn niedrigeren Arbeitskosten und die hohe Arbeitsmotivation auf Dauer Zeit nicht aus, um die markanten strukturellen Schwächen wettzumachen, zumal Arbeitskosten und Arbeitsmotivation im Vergleich mit den neuen EU-Mitgliedern deutlich relativiert werden. Denn Österreichs östliche Nachbarn dürften auf absehbare Zeit unter hohem Einsatz qualitativ ähnliche Güter und Dienste zu wesentlich niedrigeren Preisen liefern.

#### *Unzureichende Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials*

Insgesamt bleibt der österreichische Arbeitsmarkt unter seinen Möglichkeiten. Im Vergleich zu anderen Ländern, beispielsweise der Schweiz, wird das vorhandene Arbeitskräftepotential nur unzureichend ausgeschöpft.<sup>66</sup>

---

<sup>66</sup> Vgl. OECD (2003/2), S. 32.

Folglich ist der Beitrag, den die Beschäftigung zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts leistet, gering.<sup>67</sup> Um das Arbeitskräftepotential künftig intensiver zu nutzen und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, muss u.a. die Frühpensionierung abgeschafft und die Erwerbsbeteiligung Älterer erhöht werden. Dies ist auch geboten, um das Pensionssystem zu entlasten, das aufgrund der Alterung der österreichischen Bevölkerung vor erheblichen Herausforderungen steht. Die Abschaffung der Frühpensionierung kann vorübergehend die Arbeitslosigkeit erhöhen. Dem muss durch den Abbau des Senioritätsprinzips und den Ausbau der Weiterbildung entgegengesteuert werden. Darüber hinaus müssen - um das Beschäftigungspotential von Frauen noch stärker auszuschöpfen - die Betreuungseinrichtungen für Kinder ausgebaut und Teilzeitarbeit attraktiver gestaltet werden.

Um die Wachstums- und Wohlstandsgrundlagen weiter zu stärken und insbesondere die Beschäftigungsprobleme gering Qualifizierter zu verringern, muss die Erwerbsbevölkerung nicht nur weiter, sondern auch höher qualifiziert werden. Zwar ist nicht jede Erwerbsperson gleichermaßen qualifizierbar, doch muss Österreich danach trachten, seinen Rückstand bei Arbeitskräften mit höherer Bildung gegenüber Deutschland und vor allem der Schweiz aufzuholen.

### *Bessere Bedingungen durch Entkopplung von Beschäftigung und sozialer Sicherung*

Entscheidend dafür, dass sich die österreichische Erwerbsbevölkerung im härter werdenden Standortwettbewerb behaupten kann, ist die umfassende Reform der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der gesetzlichen Alterssicherung. Die Kopplung dieser Systeme an das abhängige Arbeitsverhältnis ist kontraproduktiv. Denn dadurch schlägt die Alterung der Bevölkerung unmittelbar auf die Arbeitskosten durch und beeinträchtigt Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Zugleich können sich neue zukunfts-trächtige Arbeitsformen, die von der dauerhaften Vollzeitbeschäftigung abweichen, nicht entwickeln, da sie häufig dem beitragsfinanzierten gesetzlichen Alterssicherungssystem keine regelmäßigen Einnahmen garantieren und daraus keine ausreichenden Versorgungsansprüche erzielt werden kön-

---

<sup>67</sup> Von 1990 bis 2002 trug die Beschäftigung mit einem, die Produktivität mit fünf Sechsteln zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei. Vgl. a.a.O., S. 22.

nen. Deshalb muss der umlagefinanzierte Teil der Alterssicherung begrenzt und vom Arbeitsverhältnis abgekoppelt werden.

In der Vergangenheit wurde die Lösung arbeitsmarktpolitischer Probleme häufig anderen Politikbereichen aufgebürdet. Erst wurde sie mit rigiden Güter- und Dienstleistungsmärkten, später mit Frühpensionierung und hoher Belastung der sozialen Sicherungssysteme erkaufte. Ersteres führt mittelfristig in einer sich immer rascher globalisierenden Welt zu Wettbewerbs- und Wohlstandsverlusten. Außerdem sind die Möglichkeiten einer solchen Strategie seit dem EU-Beitritt begrenzt. Letzteres schlägt in einer alternden Bevölkerung über hohe Beiträge auf die Beschäftigung zurück. Deshalb müssen künftig die Arbeitsmarktprobleme zunächst im Arbeitsmarkt, d.h. mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, gelöst werden.

## **2. Wohlstand und Wachstum in Österreich**

### **2.1 Wirtschaftskraft und Wohlstand leicht überdurchschnittlich bei nur durchschnittlicher wirtschaftlicher Dynamik**

Österreichs Wirtschaftskraft - ausgedrückt im Bruttoinlandsprodukt - entsprach 2004 etwa 11 vH der deutschen und 85 vH der schweizerischen. Pro Einwohner wurden 2004 in Österreich mit 28.600 Euro etwa 8 vH mehr als in Deutschland und rund drei Viertel des Schweizer Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Österreich liegt damit - wie Tabelle 3 zeigt - gut ein Zehntel über dem Durchschnitt der EU15. Seine Position verbessert sich insbesondere im Verhältnis zu Deutschland und der Schweiz, wenn in den Vergleich auch das unterschiedliche Preisniveau der einzelnen Güter und Dienste einbezogen und somit das Wohlstandsniveau der Bevölkerung verglichen wird. Danach genoss Österreichs Bevölkerung - wie aus Tabelle 3 weiter hervorgeht - 2004 einen gemessenen Lebensstandard, der in etwa dem der Schweizer entspricht und ein Achtel bzw. ein Neuntel über dem der Deutschen bzw. über dem der EU15 lag.

#### *Ausgeprägte regionale Unterschiede*

Wie in Deutschland und der Schweiz ist dieser Wohlstand regional sehr ungleich. So verfügten 2001 die Einwohner des Burgenlands nur über drei Viertel des EU-Durchschnitts, während sie diesen im Bundesland Wien um 52 vH und im Bundesland Salzburg um knapp ein Viertel übertrafen. Bei den verbleibenden Bundesländern Niederösterreich, Kärnten, Steiermark, Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg schwankte das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten zwischen 92 und 116 vH des EU15-Durchschnitts.<sup>68</sup>

Unterschiede gibt es auch bei der Einkommensverteilung nach Einkommensklassen. 1999 war das Einkommen der einkommensstärksten 20 Prozent der Bevölkerung 3,7mal höher als das des einkommensschwächsten Fünftels. Damit war die Einkommensungleichheit in Österreich in etwa gleich hoch wie in Deutschland (3,6), aber deutlich geringer als im EU15-

---

<sup>68</sup> Vgl. EU-Kommission (2004), S. 196f.

Durchschnitt, wo das Verhältnis 4,6 betrug.<sup>69</sup> Die Ausgewogenheit in der Einkommensverteilung dürfte mit ein Grund dafür sein, dass die Bevölkerung Österreichs mit ihren Einkommen und ihrem Wohlstandsniveau recht zufrieden ist.<sup>70</sup> Zur hohen Zufriedenheit trägt vermutlich auch die gute Umweltqualität in Österreich bei. Trotz des rauen Klimas ist hier der Energieverbrauch, aber auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich geringer als im EU15-Durchschnitt.<sup>71</sup>

**Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt in Österreich und ausgewählten Industrieländern 2004**

Land	Pro-Kopf-BIP in •	Rang	Pro-Kopf-BIP in KKS	Rang	Entwicklung des realen Pro-Kopf-BIP 1994-2004	Rang
EU15	25256	-	25256	-	1,8	-
Belgien	26736	13	26965	10	1,8	11
Dänemark	36066	4	28413	6	1,7	13
Deutschland	26448	14	24938	15	1,2	18
Finnland	28287	12	25564	14	3,2	2
Frankreich	25982	15	26171	13	1,6	15
Griechenland	14928	18	18951	18	2,9	4
Irland	35163	5	30274	4	6,4	1
Italien	23144	16	24624	16	1,4	16
Luxemburg	56446	1	47281	1	3,1	3
Niederlande	28411	11	27314	9	1,7	14
<b>Österreich</b>	<b>28587</b>	<b>9</b>	<b>27953</b>	<b>7</b>	<b>1,8</b>	<b>11</b>
Portugal	12862	19	17141	19	2,0	10
Spanien	19282	17	22224	17	2,7	5
Schweden	30788	7	26405	12	2,5	6
UK	28591	9	27832	8	2,4	8
Japan	29958	8	26768	11	1,3	17
Norwegen	41158	2	34420	3	2,5	7
Schweiz	37763	<b>3</b>	28923	5	1,1	19
USA	31211	6	36032	2	2,2	9

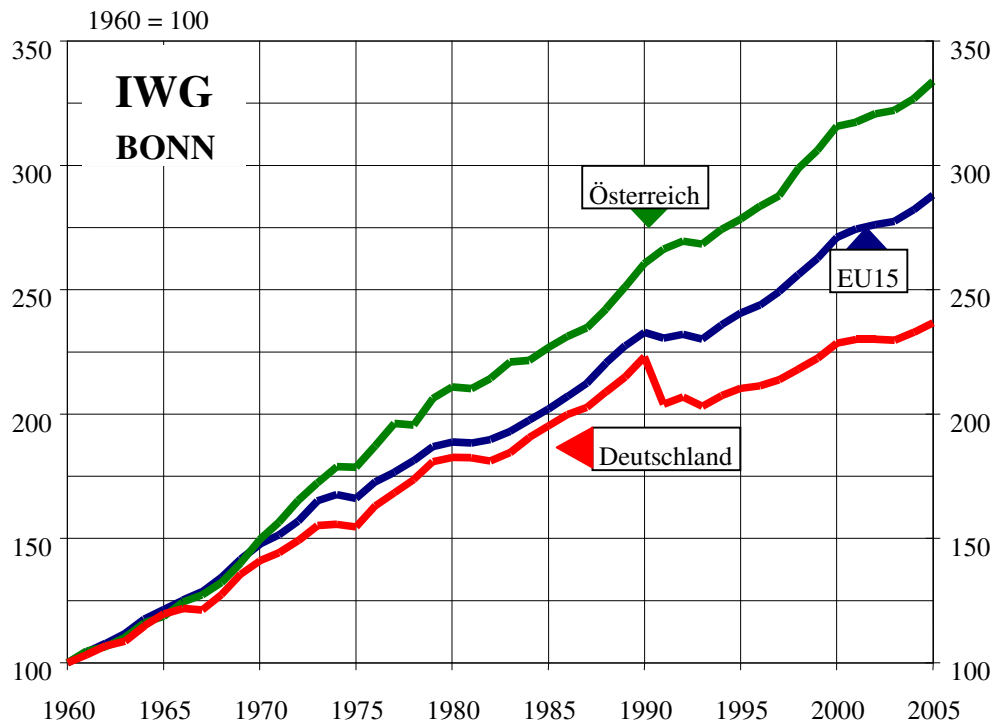
Quelle: Europäische Kommission, AMECO

<sup>69</sup> Dies wird auch durch den Gini-Koeffizient, der traditionelle Maßstab für Einkommensungleichheit, belegt. Er reicht von 0 (keine Einkommensungleichheit) bis zu 100 Prozent (völlige Einkommensungleichheit). 1999 betrug er in Österreich 26, in Deutschland 25 und im EU15-Durchschnitt 29. Vgl. Europäische Kommission (2003), S. 70.

<sup>70</sup> Vgl. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2004).

<sup>71</sup> Vgl. OECD (2001), S. 122. Letztere nahmen allerdings seit 1990 u.a. durch den starken Anstieg des Güterverkehrs stärker zu als im EU-Durchschnitt. Vgl. Walterskirchen, E. (2004), S. 3.

Schaubild 4: Reales Wachstum des BIP je Einwohner in Österreich, Deutschland und der EU15 1960-2005\*



\*2004 und 2005 Projektion

Quellen: Europäische Kommission (AMECO), Berechnung IWG BONN

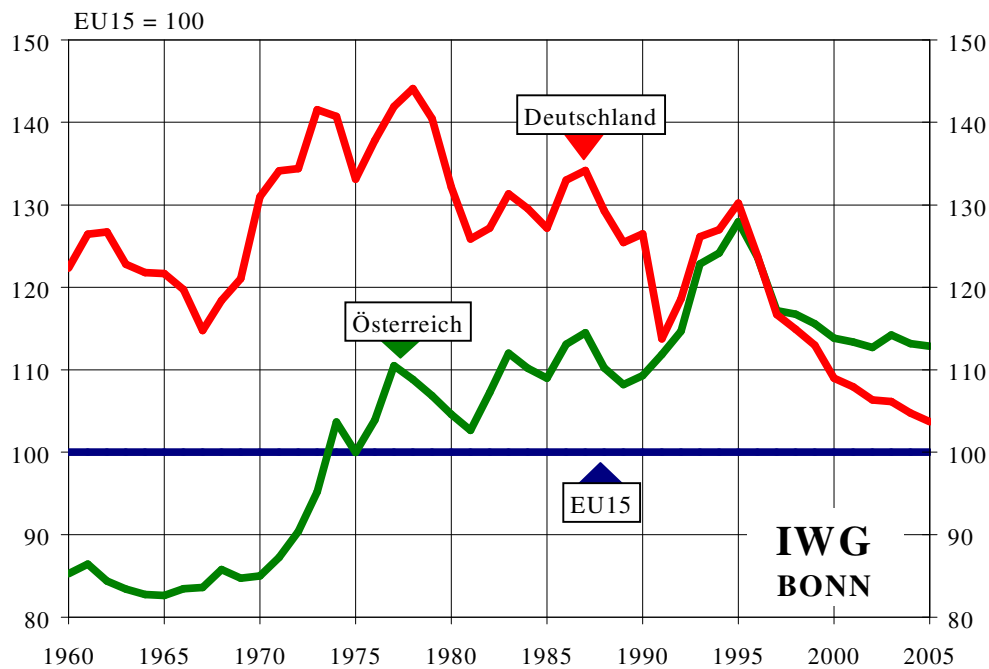
### *Höheres Wachstum als in Deutschland*

Im langen Trend ist Österreichs Wirtschaft - wie Schaubild 4 zeigt - deutlich stärker gewachsen als im Durchschnitt der EU15. Wie in Deutschland erlebte die Bevölkerung Österreichs im dritten Quartal des 20. Jahrhunderts ein wahres Wirtschaftswunder. Pro Kopf verdreifachte sich das reale Bruttoinlandsprodukt. Auch im vierten Quartal war das österreichische Wirtschaftswachstum höher als in der EU. Dadurch konnte Österreich seine relative Position innerhalb der EU und im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern deutlich verbessern. Während es 1950 geschwächt durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs unter den 12 wichtigsten westeuropäischen Ländern nur an vorletzter Stelle vor Italien lag, hatte es sich bis Ende der neunziger Jahre auf den siebten Rang vorgearbeitet.<sup>72</sup> Wie Schaubild 5 verdeutlicht, war die österreichische Wirtschaftskraft Mitte der neun-

<sup>72</sup> Vgl. Maddison, A. (2001), S. 185.

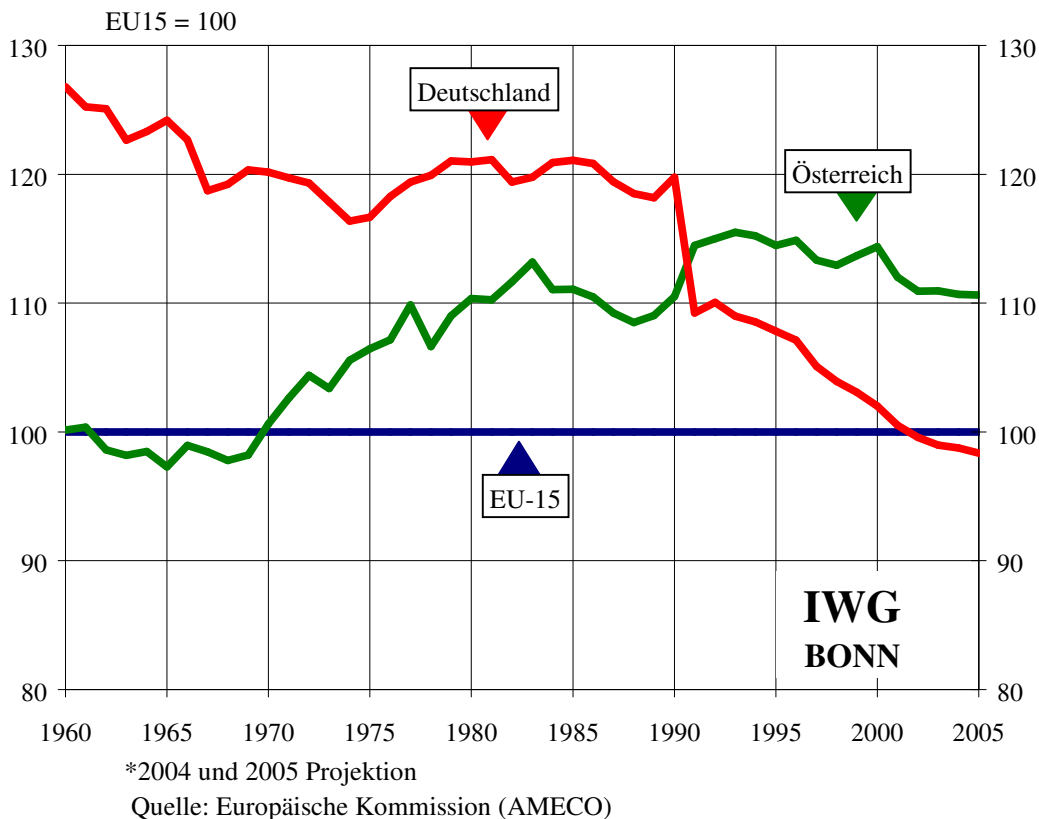
ziger Jahre zum ersten Mal höher als die deutsche. Wird das unterschiedliche Preisniveau berücksichtigt, war dies - wie Schaubild 6 zeigt - bereits 1990 der Fall. Allerdings geht aus beiden Schaubildern auch hervor, dass sich das Wachstum der österreichischen Wirtschaft in den zurückliegenden zehn Jahren deutlich verlangsamt hat. Mit jahresdurchschnittlich real 1,8 vH erreichte Österreichs Wachstum - wie Tabelle 3 weiter zeigt - nur noch EU-Durchschnitt. In den ersten Jahren dieses Jahrzehnts wuchs die Wirtschaft sogar nur noch um 0,8 vH pro Jahr und damit relativ und absolut so langsam wie noch nie.

Schaubild 5: Nominales Pro-Kopf-BIP in Österreich und Deutschland relativ zum Durchschnitt der EU15 1960-2005\*



\*vor 1999 in ECU; 2004 und 2005 Projektion  
Quelle: Europäische Kommission (AMECO)

Schaubild 6: Pro-Kopf-BIP in KKS in Österreich und Deutschland relativ zum Durchschnitt der EU15 1960-2005\*



## 2.2 Quellen des Wirtschaftswachstums

Wie der Arbeitsmarkt wurde Österreichs wirtschaftliche Entwicklung seit 1990 stark durch Sonderfaktoren wie den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie die räumliche Nähe zu den neuen mitteleuropäischen EU-Mitgliedsländern und zur drittgrößten Exportnation Deutschland geprägt. Während die ersten beiden Faktoren unter dem Strich die Produktivität und damit die wirtschaftliche Dynamik beflügelten, wirkte die enge wirtschaftliche Verflechtung mit Deutschland ambivalent. So ist die schwache Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den zurückliegenden vier Jahren zu einem Gutteil auf die wirtschaftliche Stagnation in Deutschland zurückzuführen. Ambivalente Wirkungen gingen auch von hausgemachten binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus. Per Saldo trugen sie entscheidend dazu bei, dass die wirtschaftliche Dynamik während der zurückliegenden zehn Jahre im EU-Vergleich nur mittelmäßig war.



### **2.2.1 Modernisierungs- und Wachstumsschub durch den EU-Beitritt**

Den größten Einfluss auf die Wirtschaft in den neunziger Jahren hatte Österreichs Beitritt zur EU im Jahr 1995. Schätzungen zufolge erhöhte er das Bruttoinlandsprodukt in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre um real 0,5 vH und die Beschäftigung um 0,2 vH jährlich.<sup>73</sup> Er löste den notwendigen Modernisierungsschub aus, den Politiker und Bevölkerung bis dahin aus eigener Kraft nicht geschafft hatten. Die EU-Richtlinien zwangen Österreich dazu, veraltete Strukturen aufzubrechen und seine Märkte im Inneren und nach außen zu öffnen. Hiervon profitierte vor allem der Export. Von 1995 bis 2003 stieg die Warenexportquote am Bruttoinlandsprodukt von 24,5 auf 35,1 vH und übertraf damit die der Schweiz. Die Warenimportquote erhöhte sich ebenfalls von 28,2 auf 35,7 vH.<sup>74</sup> Durch die Internationalisierung der Wirtschaft kamen mehr Wettbewerb und technologischer Fortschritt ins Land, was wiederum zu Produktivitätssteigerungen und Wachstum insbesondere im verarbeitenden Gewerbe beitrug.<sup>75</sup> Der Wegfall vieler Handelshemmnisse und Regulierungen führte zu deutlichen Preissenkungen.<sup>76</sup> Vor allem Grundnahrungsmittel, aber auch Autos, Kleidung und Dienstleistungen wurden billiger.

Durch den EU-Beitritt erhielt das von seiner Markt- und Bevölkerungsgröße her kleine Österreich nicht nur Zugang zu einem der größten Binnenmärkte der Welt, sondern es wurde dadurch selbst zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort. Von den zwischen 1995 und 2003 in Österreich getätigten Direktinvestitionen in Höhe von 29 Milliarden Euro wurden Schätzungen zufolge mindestens die Hälfte durch den EU-Beitritt verursacht.<sup>77</sup> Noch entscheidender aber war der Einfluss auf die österreichische

---

<sup>73</sup> Damit trug er mit einem Fünftel zum BIP-Wachstum bei. Vgl. OECD (2003), S. 86 sowie Bundesministerium für Finanzen (2004/1), S. 2.

<sup>74</sup> Allerdings weisen andere kleine Länder wie die Niederlande oder die osteuropäischen neuen EU-Mitglieder noch wesentlich höhere Ex- und Importraten auf.

<sup>75</sup> Von 1990 bis 2002 stieg die Arbeitsproduktivität im verarbeitenden Gewerbe um jahresdurchschnittlich 4,2 vH und damit stärker als in den meisten westlichen Industrieländern. Vgl. OECD (2003), S. 22.

<sup>76</sup> Von 1995 bis 1997 sank der BIP-Deflator um 2,5 vH. 2000 war er nicht viel höher als 1995. Der Nationale Verbraucherpreisindex halbierte sich von jahresdurchschnittlich reichlich 3 vH in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf 1,4 vH in der zweiten Hälfte.

<sup>77</sup> Vgl. Bundesministerium für Finanzen (2004/1), S. 4. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegen Österreichs Direktinvestitionen aber noch weit unter dem Durchschnitt der EU 15. Vgl. Janger, J./Wagner, K. (2004), S. 54.

Politik. Mit der Einbindung in die Gremien und Politiken der EU wurde die österreichische Politik internationaler und anspruchsvoller. Vielerorts wurden nationale Ziele durch höhere EU-Standards ersetzt. Je erfolgreicher Österreich sich an diesen orientierte, desto stärker verinnerlichte es sie und setzte sich für sie in den Gremien der EU ein.<sup>78</sup>

### *Liberalisierung der Produktmärkte*

Der EU-Beitritt erfasste fast alle Wirtschaftsbereiche. Heimische Industrien und Dienstleistungsbereiche wurden liberalisiert, Unternehmen privatisiert. Besonders folgenreich war die durch den Beitritt erzwungene Liberalisierung in den volkswirtschaftlich und beschäftigungspolitisch bedeutenden Netzwerkindustrien, die wie in Deutschland und der Schweiz im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe traditionell höher reguliert und weniger dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt waren. Jeweils rechtzeitig vor dem von der EU vorgegebenen Vollzugstermin wurde 1997 der Telekommunikationsbereich, 2001 der Stromsektor, 2002 die Gaswirtschaft und 2003 der Post- und Bahnsektor liberalisiert. Im Telekommunikationssektor führte die Regulierungsreform zu beachtlichen Preissenkungen<sup>79</sup> und einer Verbreiterung des Dienstleistungsangebots. Zu einem Preisrückgang von zwischen 10 und 45 vH in der Zeit von 1996 bis 2002 kam es auch im Stromsektor.<sup>80</sup> 2002 lagen die Preise damit zwar deutlich unter den deutschen, aber noch immer über denen vieler anderer europäischer Länder.<sup>81</sup> Dies dürfte u.a. auf den noch immer hohen Eigentümeranteil der öffentlichen Hand bei den Stromversorgungsunternehmen zurückzuführen sein, der sich nachteilig auf deren Effizienz auswirkt.<sup>82</sup>

---

<sup>78</sup> So beteiligte sich Österreich aktiv an vielen Benchmarking-Prozessen, z.B. im Bereich Forschung und Entwicklung. Zugleich kritisierte es das lasche Vorgehen gegen die Defizitsünder, insbesondere Deutschland und Frankreich. Vgl. Kuntze, O.E. (2004), S. 59.

<sup>79</sup> Allerdings waren 2001 die Kosten in einigen Bereichen noch höher als in anderen Ländern. Vgl. OECD (2003), S. 112f.

<sup>80</sup> Vgl. a.a.O., S. 98.

<sup>81</sup> Auch sind die Netzzugangsgebühren um 50 vH höher als in vielen anderen Ländern. Vgl. a.a.O., S. 98 und 112.

<sup>82</sup> Vgl. a.a.O., S. 100ff. und 114.

### *Weiterer Deregulierungsbedarf*

Zur besseren Durchsetzung und Kontrolle der EU-Vorgaben wurde neben dem bereits existierenden Kartellgericht 2002 eine unabhängige Bundeswettbewerbsbehörde eingesetzt. Mit etwa 20 Mitarbeitern verfügt sie jedoch über deutlich weniger Personal als die der Schweiz, Finnlands oder Dänemarks.<sup>83</sup> Allerdings blieben bisher wichtige Bereiche von der Liberalisierung ausgeschlossen und dadurch wertvolle Wettbewerbs- und Wachstumspotentiale der österreichischen Wirtschaft ungenutzt. Dies gilt insbesondere für den Einzelhandel, zu dessen unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen der letzten Jahre die restriktive Handhabung bei den Öffnungszeiten und der Errichtung neuer Verkaufszentren beigetragen haben dürfte.<sup>84</sup> Aber auch die strenge Gewerbeordnung, die vor allem den Markteintritt erschwert, und die hohen Auflagen bei den freien Berufen dürften eine Ausweitung wirtschaftlicher Aktivitäten eher behindert als gefördert haben. Bei Anwälten, Steuerberatern, Architekten und Ingenieuren hat Österreich die höchsten Zulassungshürden aller westlichen Industrieländer.<sup>85</sup> Untersuchungen zufolge würde mehr Wettbewerb in diesen Bereichen die Arbeitsproduktivität erhöhen, die Preise senken und damit positive Impulse auf Beschäftigung und Wachstum ausüben.<sup>86</sup> Diese Wachstumschancen sollten genutzt werden, da die Wachstumsimpulse durch den EU-Beitritt deutlich schwächer geworden sind und sich bald erschöpft haben werden.

### *2.2.2 Wachstumsimpulse durch die EU-Osterweiterung*

Wachstumsfördernd für Österreichs Wirtschaft wirkten auch die Beseitigung des Eisernen Vorhangs und die Öffnung der mittel- und osteuropäischen Wirtschaften in Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung. Insgesamt dürfte sie in den neunziger Jahren das Bruttoinlandsprodukt um real 3 vH erhöht haben.<sup>87</sup> Durch Öffnung und EU-Osterweiterung rückte Österreich, das an vier neue EU-Mitglieder grenzt, vom Rand in die Mitte der Gemeinschaft. Dabei profitiert es nicht nur von der wirtschaftlichen Dynamik der

---

<sup>83</sup> Vgl. a.a.O., S. 93.

<sup>84</sup> Allerdings wurde inzwischen die Tages- und Wochenrahmenzeit erhöht. Vgl. a.a.O., S. 103ff.

<sup>85</sup> Vgl. a.a.O., S. 108ff.

<sup>86</sup> Vgl. a.a.O., S. 112f.

<sup>87</sup> Vgl. OECD (2003), S. 86. Andere Untersuchungen kommen sogar zu 6 vH sowie 56.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Vgl. Wessig, F. (2004), S. 2.

östlichen Beitrittsländer, sondern auch von der räumlichen Nähe zu den wirtschaftsstarken deutschen Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern sowie Norditalien. Gemessen am Einkommenspotential sowie am Zugang zu Zuliefer- und Absatzmärkten gehört Österreich derzeit zu den attraktivsten Standorten Europas.<sup>88</sup>

Wegen seiner geographischen Lage war Österreich durch die Teilung Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die es von seinen traditionellen Zuliefer- und Absatzmärkten trennte, besonders betroffen. Im Zuge der Öffnung wurden die alten Wirtschaftsverbindungen, die während des Kalten Krieges nie ganz abgerissen waren, wiederbelebt. Österreich konnte seine geographische und kulturelle Nähe nutzen und eine Brückenfunktion bei der Erschließung des mittel- und osteuropäischen Wirtschaftsraums übernehmen. Wien wurde für viele westliche Unternehmen zum bevorzugten Standort für das Osteuropageschäft.<sup>89</sup> Entsprechend dürfte sich Österreich, das unter dem Verlust der Ostmärkte besonders gelitten hatte, wieder zu einer dynamischen Region Österreichs entwickeln und seinen Rückstand gegenüber den westlichen Bundesländern verringern.

#### *Traditionell starke Marktposition Österreichs in den neuen EU-Mitgliedsländern*

Gemessen an Außenhandel und Direktinvestitionen ist Österreich derzeit das mit den neuen EU-Mitgliedern am engsten verflochtene Land. Wie Tabelle 4 zeigt, verdoppelte sich sein Warenexportanteil in die mittel- und osteuropäischen Länder von 1991 bis 2002 reichlich. Mit 15 vH wurden 2002 mehr Waren nach Mittel- und Osteuropa exportiert als nach Frankreich, Großbritannien und der Schweiz zusammengekommen. Der Importanteil verzweieinhalbfachte sich sogar. Insbesondere in den östlichen Nachbarstaaten ist Österreichs Marktposition stark. In Tschechien, der Slowakei und Ungarn war Österreich 2002 hinter Deutschland der zweitwichtigste, in Slowenien hinter Deutschland und Italien der drittwichtigste Handelspartner.<sup>90</sup> Von den 6,3 Milliarden Euro Direktinvestitionen österreichi-

---

<sup>88</sup> Vgl. Peneder, M. (2001), S. 745.

<sup>89</sup> So bearbeiten viele deutsche und schweizerische Unternehmen den osteuropäischen Markt von Wien aus. Vgl. Schweizerische Botschaft (2004), S. 5.

<sup>90</sup> Vgl. a.a.O. S. 235.

scher Unternehmen im Ausland, die im Jahr 2002 getätigt wurden, ging etwa die Hälfte in die zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere nach Ungarn und Polen. Hier waren vor allem Banken und Versicherungen aktiv. Umgekehrt machten dagegen die Direktinvestitionen der Neumitglieder mit 28 Millionen Euro lediglich 0,5 vH der Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Österreich aus.<sup>91</sup>

**Tabelle 4: Österreichs Außenhandelsstruktur 1991-2002**

Außenhandel	1991	1995	2001	2002
	in vH			
Exporte nach				
Europa	87	87	85	85
EU	68	66	61	60
Deutschland	39	38	33	32
Frankreich	4	4	5	4
Vereinigtes Königreich	4	3	5	5
Schweiz	6	5	5	5
Osteuropa*	7	13	15	15
NAFTA	4	4	6	6
Japan	2	1	1	1
Fernost	3	3	3	4
Gesamt	100	100	100	100
	in vH			
Importe von				
Europa	82	86	83	84
EU	70	72	65	66
Deutschland	43	44	41	40
Frankreich	4	5	4	4
Vereinigtes Königreich	3	3	3	3
Schweiz	4	4	3	3
Osteuropa*	5	9	12	13
NAFTA	5	5	6	5
Japan	5	2	2	2
Fernost	4	4	5	5
Gesamt	100	100	100	100

\* Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, Ukraine, Tschechien, Ungarn, Polen

Quelle: OECD International Trade Statistics, OECD Economic Surveys (2004), Austria, S. 28

Während die neuen EU-Mitglieder zu Beginn der neunziger Jahre noch schwerpunktmäßig weniger anspruchsvolle Produkte nach Österreich lieferten, wurden diese in den zurückliegenden Jahren zunehmend durch

<sup>91</sup> Vgl. Österreichische Nationalbank (2004), S. 1.

hochwertige Vorleistungen und Zwischenprodukte, insbesondere aus Tschechien, Ungarn und der Slowakei abgelöst. Davon profitierten vor allem der Maschinenbau, die Medizin-, Mess- und Regelungstechnik, aber auch die Lederindustrie.<sup>92</sup>

### *Österreich derzeit Nettogewinner der EU-Osterweiterung*

Bisher ist Österreich einer der Nettogewinner der EU-Osterweiterung.<sup>93</sup> Durch den verstärkten Bezug billiger Vorprodukte von den neuen EU-Mitgliedern wurden zwar Arbeitsplätze in Österreich beseitigt, doch verbilligten sich dadurch auch die Endprodukte, was wiederum den Absatz und die Arbeitsmarktsituation verbesserte. Ob dieser Mechanismus auch künftig in dem Umfang funktionieren wird, ist offen. Einerseits spricht vieles dafür, dass sich der Wettbewerb um kostengünstige Produktionsstandorte in den neuen Mitgliedsländern erheblich verschärfen und Österreichs Stellung als bevorzugter Partner dadurch geschwächt werden wird.<sup>94</sup> Der Verlust von Marktanteilen in der Slowakei, Ungarn und Tschechien in den zurückliegenden Jahren könnte ein erstes Indiz dafür sein.<sup>95</sup> Darüber hinaus könnten die neuen EU-Mitglieder, nicht zuletzt durch ihre günstigen Unternehmenssteuern,<sup>96</sup> den österreichischen Vorleistungsproduzenten zunehmend Konkurrenz machen. Andererseits könnte Österreich in den nächsten Jahren vom wirtschaftlichen Aufholprozess Südosteuropas profitieren, zu dem es in den zurückliegenden Jahren intensive Wirtschaftsbeziehungen aufgebaut hat. Unter dem Strich dürfte sich der Wachstumsimpuls durch die EU-Osterweiterung in den nächsten Jahren jedoch abschwächen.<sup>97</sup>

### **2.2.3 Abhängigkeit von Deutschland**

Anders als die Wirtschaftsbeziehungen zu den östlichen Nachbarn, die in den zurückliegenden fünfzehn Jahren die österreichische Wirtschaft unein-

---

<sup>92</sup> Ungünstiger war die Situation für die Textil- und Bekleidungsindustrie, Baustoffindustrie sowie die Metallindustrie. Vgl. Wolfmayr, Y. (2004/1), S. 239f.

<sup>93</sup> Vgl. a.a.O., S. 231.

<sup>94</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung (2004).

<sup>95</sup> Allerdings ist der Rückgang auch darauf zurückzuführen, dass Österreich als eines der ersten Länder Anfang der neunziger Jahre eine besonders starke Marktstellung innehatte. Vgl. Wolfmayr, Y. (2004/1), S. 237.

<sup>96</sup> Vgl. Ziffer 2.2.4.

<sup>97</sup> Vgl. OECD (2003), S. 23.

geschränkt beflügelten, wirkte die aufgrund sprachlicher, geschichtlicher und kultureller Gemeinsamkeiten traditionell enge wirtschaftliche Verflechtung mit dem im Nordwesten angrenzenden Deutschland ambivalent. Wegen der erheblichen Größenunterschiede - die Bevölkerung Deutschlands ist zehnmal, die Wirtschaftskraft knapp zehnmal größer als die Österreichs - schlägt die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands erheblich auf die Österreichs durch. Boomt Deutschlands Wirtschaft, zieht sie auch die österreichische mit. Lahmt sie, lässt die wirtschaftliche Dynamik in Österreich ebenfalls nach. So wurde die im Verhältnis zu anderen kleinen wirtschaftsstarken EU-Ländern überdurchschnittliche Wirtschaftsdynamik Österreichs in den frühen neunziger Jahren durch den deutschen Einheitsboom mit verursacht. Im Gegenzug dämpfte die Konsumzurückhaltung der Deutschen in den zurückliegenden vier Jahren die Exportchancen österreichischer Konsumgüter nach Deutschland und damit die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt.

2003 ging - wie aus Tabelle 4 weiter hervorgeht - ein Drittel aller österreichischen Exporte nach Deutschland. Im Gegenzug kamen zwei Fünftel der österreichischen Importe aus dem großen Nachbarland. Deutschland war damit der bei weitem wichtigste Handelspartner.<sup>98</sup> Dagegen machten Deutschlands Exporte nach Österreich nur reichlich 5 vH seines gesamten Exports und seine Importe aus Österreich 4 vH seines gesamten Imports aus. Österreich lieferte vor allem Zwischenprodukte an die deutsche Exportindustrie, wie die deutsche Automobilindustrie, sowie Lebensmittel. Im Gegenzug wurden aus Deutschland vorwiegend Maschinenbauerzeugnisse, Fahrzeuge sowie chemische Erzeugnisse importiert.

### *Deutschland größter Investor in Österreich*

Stärker als durch den Außenhandel ist Österreichs Wirtschaftsbeziehung zu Deutschland inzwischen durch Investitionen deutscher Unternehmen im Land selbst geprägt. 2003 investierten deutsche Unternehmen 2,6 Milliarden Euro in Österreich.<sup>99</sup> Mit 43 vH der ausländischen Direktinvestitionen war Deutschland der größte Investor in Österreich. 2001 machte der Markt-

---

<sup>98</sup> Der zweitwichtigste war Italien, das einen Exportanteil von 8,5 und einen Importanteil von 7,2 vH aufwies.

<sup>99</sup> Vgl. WKO (2004), Ausländische Direktinvestitionen in Österreich (Tabelle).

anteil deutscher Unternehmen fast 20 vH des gesamten österreichischen Industrieumsatzes aus.<sup>100</sup> Produziert werden insbesondere Vor- und Zwischenprodukte. So werden mittlerweile sämtliche BMW-Motoren in Österreich gefertigt. Ein deutsches Unternehmen, nämlich Siemens Austria ist der größte private Arbeitgeber. Neben den günstigeren Arbeitskosten<sup>101</sup> und niedrigeren Unternehmensteuern<sup>102</sup> nutzen deutsche Firmen Österreich wegen seines Osteuropa-Know-Hows zunehmend als Sprungbrett nach Mittel- und Osteuropa. Die Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen in Deutschland beliefen sich dagegen auf 0,8 Milliarden bzw. 13 vH aller österreichischen Direktinvestitionen im Ausland.<sup>103</sup> Damit war Deutschland allerdings der wichtigste Investitionsort in Westeuropa.

#### *Deutsche wichtiger Pfeiler des österreichischen Tourismus*

Die engen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland drücken sich auch im regen Besucherverkehr aus. Über zwei Millionen Deutsche besuchen jährlich Österreich. Deutsche Touristen machen 62 vH der Übernachtungen von Ausländern aus und sind damit ein wichtiger Pfeiler der österreichischen Tourismusindustrie.<sup>104</sup> In der Rangfolge der sympathischsten Länder nahm Deutschland 2003 hinter der Schweiz (93 vH), Italien und Ungarn (jeweils 87 vH) mit 81 vH den vierten Platz ein.<sup>105</sup>

#### *Zahlreiche Vorteile für Forschung und Entwicklung*

Durch die intensive wirtschaftliche Verflechtung mit einer der entwickeltesten und größten Volkswirtschaften der Welt konnte Österreich insbesondere von den neuesten Erkenntnissen im Bereich von Forschung und Entwicklung profitieren. Schätzungen zufolge wurde die Produktivität und damit das Wachstum der österreichischen Wirtschaft durch Forschungs- und

---

<sup>100</sup> Vgl. Jungnickel, R./Keller, D. (2003), S. 672.

<sup>101</sup> Vgl. Ziffer 1.2.5.

<sup>102</sup> Vgl. Ziffer 2.2.4.

<sup>103</sup> Vgl. WKO (2004), Österreichische Direktinvestitionen im Ausland (Tabelle).

<sup>104</sup> Vgl. Auswärtiges Amt (2004), S. 2.

<sup>105</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung (2003).



Entwicklungsergebnisse in Deutschland deutlich stärker angekurbelt als durch die heimische Forschung.<sup>106</sup>

Die lange andauernde Verbindung der beiden Länder beeinflusste aber nicht nur den Verlauf, sondern auch die Struktur der österreichischen Wirtschaft. Dass diese stark in Branchen mit mittlerem bis niedrigem Technologieniveau vertreten ist und zum Beispiel im Gegensatz zur Schweiz nur wenige echte Marken hat,<sup>107</sup> könnte neben historischen Gründen<sup>108</sup> auch an der starken Konzentration auf die deutsche Wirtschaft liegen. Sie garantierte Österreichs Produzenten und Konsumenten auf der einen Seite Sicherheit und Wohlstand. Auf der anderen Seite musste sich Österreich dadurch weniger als andere kleine europäische Länder wie die Schweiz den Herausforderungen des Weltmarktes stellen. Dies könnte angesichts der zunehmenden Globalisierung künftig ein Nachteil sein.

#### ***2.2.4 Moderate Unternehmenssteuern***

Neben der günstigen geographischen Lage war vor allem die moderate Unternehmensbesteuerung dafür mitverantwortlich, dass in den zurückliegenden Jahren immer mehr in- und ausländische Unternehmen in Österreich aktiv wurden. Dies trug zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität bei.<sup>109</sup> Dies gilt besonders für deutsche Unternehmen, die im Heimatland eine überdurchschnittlich hohe effektive Steuerlast zu tragen haben. 2003 musste eine Kapitalgesellschaft im verarbeitenden Gewerbe in Österreich auf Gewinne bzw. das eingesetzte Kapital effektive Steuern in Höhe von 30,4 vH entrichten.<sup>110</sup> Sie lagen damit hinter schweizerischen, irischen, britischen und niederländischen Unternehmen an fünfter Stelle,<sup>111</sup> aber deutlich vor amerikanischen, deutschen und französischen, wo im Durch-

---

<sup>106</sup> Die Untersuchung hat den Einfluss von Forschung und Entwicklung auf die totale Faktorproduktivität in den siebziger und achtziger Jahren zum Gegenstand. Vgl. Coe, D./Helpman, E. (1993), S. 23.

<sup>107</sup> Hierzu zählen z.B. der Lebensmittelproduzent Red Bull oder der Schmuckfabrikant Swarovski.

<sup>108</sup> Vgl. auch Ziffer 2.2.5.

<sup>109</sup> Vgl. OECD (2004/2), S. 157ff.

<sup>110</sup> Dabei gab es im Unterschied zur Schweiz keine regionalen Unterschiede in der Besteuerung.

<sup>111</sup> Berücksichtigt werden die Körperschaftsteuer, weitere gewinnabhängige Steuern, die Grundsteuer sowie spezielle Steuern auf das Vermögen und das eingesetzte Kapital. Vgl. Elschner, C./Lammersen, L./Schwager, R. (2003), S. 10.

schnitt effektiv 35 vH Steuern gezahlt wurden. Österreichische Unternehmen, die voll von der Investitionszuwachsprämie<sup>112</sup> und der reduzierten Besteuerung der Verzinsung des Eigenkapitalzuwachses profitierten, wurden sogar nur mit 26,1 vH belastet. Damit war ihre Steuerlast jedoch noch immer deutlich höher als in den neuen EU-Mitgliedsländern. Hier betrug die effektive durchschnittliche Steuerbelastung unter Einbeziehung sämtlicher Steuervergünstigungen im Schnitt lediglich 15,4 vH.<sup>113</sup>

Beim Vergleich der Grenzsteuerbelastung nimmt Österreich derzeit ebenfalls eine mittlere Position ein.<sup>114</sup> Mit 22,9 vH im Jahr 2003 lag die Steuerlast Österreichs über der der Schweiz, Irlands, Italiens und den Niederlanden, aber wiederum unter der der großen Länder Deutschland, Großbritannien, USA und Frankreich. Wurden wiederum die Investitionsvergünstigungen ganz ausgeschöpft, sank die Grenzbelastung österreichischer Investitionen auf lediglich 3,3 vH und damit sogar unter das Niveau der Schweiz.<sup>115</sup>

#### *Ab 2005 verbesserte Wettbewerbsposition durch Senkung der Körperschaftsteuer*

Um im sich verschärfenden Standortwettbewerb mit den neuen EU-Mitgliedern bestehen zu können, wird zum 1. Januar 2005 der Körperschaftsteuersatz in Österreich von 34 vH auf 25 vH gesenkt.<sup>116</sup> Im Gegenzug wird die Bemessungsgrundlage durch die Abschaffung der Übertragung stiller Reserven für Körperschaften und die Abschaffung der Eigenkapitalzuwachsverzinsung verbreitert. Schätzungen des österreichischen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zufolge wird die effektive durchschnittliche Steuerbelastung in Österreich dann nur noch rund 21 vH betragen und damit in etwa dem steuerlichen Niveau der Schweizer Kantone Zürich und Genf entsprechen.<sup>117</sup> Damit rückt Österreich den osteuropäi-

---

<sup>112</sup> Seit 2002 gewährt der österreichische Staat für zusätzliche Investitionen eine Investitionszuwachsprämie in Höhe von 10 vH.

<sup>113</sup> Vgl. Elschner u.a. (2003), S. 1.

<sup>114</sup> Die effektive Grenzsteuerbelastung bezeichnet die effektive Steuerbelastung einer Investition, die aus Sicht des Unternehmens gerade noch lohnend erscheint und damit einen Kapitalwert von Null erwirtschaftet. Vgl. Elschner, C./Lammersen, L./Schwager, R. (2003), S. 4.

<sup>115</sup> Vgl. a.a.O., S. 11.

<sup>116</sup> Im Gegensatz zu Deutschland fällt keine Gewerbesteuer an.

<sup>117</sup> Vgl. BMWA (2004/1), S. 52 sowie Elschner C./Lammersen, L./Schwager, R. (2003) S. 10.

schen Niedrigsteuerländern, insbesondere Polen, Tschechien und Ungarn, bedeutend näher. Zugleich wäre der alte Abstand zu Deutschland, der sich zwischenzeitlich durch eine Steuerreform in Deutschland verringert hatte,<sup>118</sup> wieder hergestellt. Darüber hinaus soll der Standort Österreich durch eine neue Gruppenbesteuerung, wonach Verluste ausländischer Tochtergesellschaften beim Mutterkonzern steuermindernd geltend gemacht werden können auch für ausländische Konzerne attraktiver werden. Ferner wurde die Laufzeit der Investitionszuwachsprämie verlängert. Österreich dürfte damit im nächsten Jahr hinter Irland die zweitniedrigsten Unternehmenssteuern in der EU 15 aufweisen.

### ***2.2.5 Hohe Staatsquote und unproduktive Staatsausgaben als Wachstumsbremse***

Dass das Wirtschaftswachstum in den zurückliegenden zehn bis fünfzehn Jahren trotz zahlreicher positiver externer Impulse<sup>119</sup> nicht höher war, ist unter anderem auf den Einfluss der österreichischen Finanz- und Haushaltspolitik zurückzuführen. Zum einen verringerte der hohe Anteil staatlicher Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt Österreichs Anpassungsfähigkeit an die veränderten welt- und binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Zum anderen dämpfte der zunehmende Anteil sogenannter unproduktiver Staatsausgaben, wie umlagefinanzierte Sozialleistungen und Zinsausgaben, die wirtschaftliche Dynamik.<sup>120</sup>

Mit 51 vH lag die Staatsquote in Österreich 2003 hinter der Schwedens (knapp 59 vH) und Dänemarks (rund 55 vH) im Spitzenfeld der EU15 sowie der EU25.<sup>121</sup> Dabei war sie seit 1990 starken Schwankungen unterworfen. Insbesondere ihr markanter Anstieg in der ersten Hälfte der neunziger Jahre dürfte zur schwachen wirtschaftlichen Entwicklung - das jahresdurch-

---

<sup>118</sup> 2001 wurde in Deutschland die Körperschaftsteuer auf 25 vH gesenkt. Hinzu kommt allerdings die Gewerbesteuer in Höhe von 16 vH.

<sup>119</sup> Hierzu zählen EU-Beitritt und EU-Osterweiterung.

<sup>120</sup> Der endogenen Wachstumstheorie zufolge beeinflussen Umfang und Struktur der Staatsausgaben die wirtschaftliche Dynamik mittelbar. Sogenannten produktiven Staatsausgaben wie Bildungs- und Forschungsausgaben sowie sonstige staatliche Investitionen werden positive Wirkungen zugeschrieben, während "unproduktive" Staatsausgaben wie umlagefinanzierte Sozialleistungen sich zumeist negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Vgl. Fölster, S./Henrekson, M. (2000), Kamps, C./Meier, C.-P./Oskamp, F. (2004) sowie Europäische Kommission (2004/2), S. 168ff.

<sup>121</sup> Vgl. IW (2004), S. 33.

schnittliche reale Wachstum betrug in dieser Zeit 2 vH - beigetragen haben.<sup>122</sup> Neben der Größe des Staatssektors wurde die wirtschaftliche Entwicklung auch durch die Struktur der Staatsausgaben beeinträchtigt. Für jeden Euro, den der Staat im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 in Österreich für investive Zwecke ausgab, wendete er 16,70 Euro für den Konsum wie Personalausgaben oder Sachleistungen auf.<sup>123</sup> Damit lag Österreich mit Abstand an der Spitze der wichtigsten westlichen Industrieländer vor Deutschland und vor allem der Schweiz, wo 10,70 bzw. sogar nur 3,90 Euro für konsumtive Zwecke aufgewendet wurden.

#### *Sinkende staatliche Investitionen - wachsende Schulden*

Ursächlich hierfür ist zum einen die ständige Abnahme der staatlichen Investitionsquote. Allein von 1990 bis 2003 ging sie um reichlich drei Fünftel auf 1,2 vH des Bruttoinlandsprodukts zurück. Zum anderen gab der Staat immer mehr für Zinsen, vor allem aber Sozialleistungen aus. Ähnlich wie in Deutschland machten 2003 Zinszahlungen 6,5 vH der öffentlichen Gesamtausgaben bzw. 3,3 vH des Bruttoinlandsprodukts aus. Weitere 60 vH der Ausgaben bzw. knapp 29 vH des BIP wurden für Sozialleistungen aufgewendet.<sup>124</sup> Insgesamt betrugen 2003 allein die Ausgaben für Arbeitslosigkeit 1,5 vH, für Gesundheit und Pflege knapp 10 vH sowie für die gesetzliche Alterssicherung im privaten und öffentlichen Bereich knapp 15 vH des Bruttoinlandsprodukts.<sup>125</sup> Staatliche Sozialleistungen trugen seit 1990 am stärksten zum Anstieg der staatlichen Ausgaben bei.

Da wie in Deutschland die steigenden Ansprüche der Bürger insbesondere im sozialen Bereich nicht aus den regulären Einnahmen befriedigt werden konnten, nahm der Staat immer mehr Kredite auf. Allein im Vorfeld des EU-Beitritts zwischen 1990 und 1995 erhöhte sich die Schuldenquote, das heißt der Schuldenstand gemessen am Bruttoinlandsprodukt, von 57,2 auf 69,2 vH. Seither ging sie unter dem Druck des Stabilitäts- und Wachs-

---

<sup>122</sup> Untersuchungen von Fölster und Henrekson zufolge führt ein Anstieg der Staatsquote von 10 vH zu einem Rückgang der langfristigen jährlichen Wachstumsrate von 0,7 bis 0,8 vH. Vgl. Fölster, S./Henrekson, M. (2000), S. 6.

<sup>123</sup> Allerdings sind in den konsumtiven Ausgaben des Staates auch die "produktiven" Bildungsausgaben enthalten. Vgl. Eichhorst, W. u.a. (2004), S. 124.

<sup>124</sup> Innerhalb der EU15 ist das der fünfthöchste Wert. Vgl. IW (2004), S. 35.

<sup>125</sup> Der verbleibende Teil wurde für Familien und Kinder sowie Wohnen aufgewendet. Vgl. Abramovici, G. (2004), S. 5.

tumspakts der EU geringfügig zurück. Mit 65 vH lag sie 2004 auf dem Niveau Deutschlands und Frankreichs, aber noch immer deutlich über der Maastricht-Grenze von 60 vH.<sup>126</sup>

### *Traditionell vorherrschende Stellung des Staates in der Wirtschaft*

Wie beim deutschen Nachbarn spielte der Staat in Österreich traditionell in Wirtschaft und Gesellschaft eine bedeutende Rolle. Wie Deutschland hatte sich Österreich frühzeitig auf stark staatsorientierte soziale Sicherungssysteme festgelegt. Unter der Nazidiktatur von 1938 bis 1945 wurde die vorherrschende Stellung des Staates noch ausgebaut. Nach dem Krieg wurden viele große Betriebe vor allem im Bergbau, im Energiesektor und in der Stahlindustrie, die sich in deutschem Eigentum befanden, verstaatlicht, um sie vor der Konfiszierung durch die russische Besatzungsmacht zu bewahren.<sup>127</sup> Da privates Kapital knapp war, verblieben sie auch nach dem Abzug der Russen beim Staat. Bis weit in die siebziger Jahre lieferten sie zu verbilligten Preisen Rohmaterial und halbfertige Waren an die weiterverarbeitende Privatwirtschaft. Mit 20 vH der Beschäftigten bildeten sie bis in die achtziger Jahre einen wichtigen Pfeiler der österreichischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Als in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Staatsbetriebe aufgrund veränderter Wettbewerbsbedingungen in ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten und zum Teil privatisiert wurden, diente die öffentliche Verwaltung als Personalauffangbecken.<sup>128</sup> Während in den neunziger Jahren in Vorbereitung auf den EU-Beitritt und danach viele Unternehmen, vor allem im verarbeitenden Gewerbe, privatisiert wurden, befinden sich heute in den Bereichen Energie, Verkehr und Kommunikation noch immer große Unternehmensteile in staatlichem Eigentum.<sup>129</sup> Somit dürften die privatisierungsbedingten positiven Wachstumseffekte durch die unterdurchschnittliche Produktivität der zahlreichen staatlich do-

---

<sup>126</sup> Dies soll nach dem Stabilitätsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2007 der Fall sein. Vgl. Bundesministerium für Finanzen (2003), S. 15f.

<sup>127</sup> Vgl. Unger, B. (2001), S. 342.

<sup>128</sup> Von Mitte der achtziger bis Mitte der neunziger Jahre, zu einer Zeit, als viele westliche Industrieländer ihre öffentliche Beschäftigung konsolidierten bzw. abbauten, nahm in Österreich der Anteil der öffentlich Beschäftigten von 19,6 auf 22,4 vH zu. Vgl. OECD (1996), S. 44.

<sup>129</sup> Vgl. OECD (2003), S. 59.

minierten Unternehmen kompensiert worden sein.<sup>130</sup> Der Privatisierungskurs soll jedoch fortgesetzt werden.<sup>131</sup>

### *Auch Österreich auf Reformkurs*

Um den Anstieg unproduktiver Staatsausgaben einzudämmen und damit die Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum zu stärken, wurden in den zurückliegenden Jahren eine Reihe weiterer Reformen eingeleitet. So wurde die Zahl öffentlich Beschäftigter verringert.<sup>132</sup> Da dies jedoch im wesentlichen über die Brücke der Frühverrentung bewerkstelligt wurde, war der positive Effekt auf die Staatsausgaben gering. Darüber hinaus wurde die öffentliche Verwaltung verschlankt, indem Behörden zusammen gelegt wurden.<sup>133</sup> Ferner wurde das öffentliche Beschaffungswesen stärker dem Wettbewerb ausgesetzt, auch wenn heute immer noch erst 15 vH der Aufträge öffentlich ausgeschrieben werden.<sup>134</sup>

Schließlich wurde das umlagefinanzierte staatliche Pensionssystem mehrfach reformiert. Die Reformen von 2000, 2003 und 2004 reichen allerdings nicht aus, um den langfristigen Ausgabenanstieg spürbar zu bremsen. Obwohl die Altenlastquote<sup>135</sup> von 38 vH 2003 auf 42 vH 2010 und 71 2030 steigen wird, hält die österreichische Regierung immer noch an einer Nettoersatzquote von 80 vH nach 45 Versicherungsjahren fest.<sup>136</sup> Österreichs Pensionssystem ist damit wesentlich großzügiger als die meisten europäischen, namentlich das deutsche, wo ein Durchschnittsverdiener nach 45 Versicherungsjahren gegenwärtig knapp 70 und im Jahr 2030 nur noch höchstens 60 vH des durchschnittlichen Nettolohns erhält. Die kostentrei-

---

<sup>130</sup> Während von 1990 bis 2002 die Arbeitsproduktivität im verarbeitenden Gewerbe um jahresdurchschnittlich 4,2 vH zunahm, stieg sie im Bereich Transport und Kommunikation nur halb so stark und damit schwächer als in den meisten westlichen Industrieländern. Vgl. OECD (2003), S. 22.

<sup>131</sup> Allerdings deuten das Scheitern des Einstiegs von Swisscom bei Telekom Austria und die zähen Verhandlungen von Siemens bei VA Tech darauf hin, dass dies nicht auf Kosten eines Ausverkaufs und/oder Arbeitsplatzabbaus gehen darf. Vgl. Bundesfinanzministerium (2003), S. 24f.

<sup>132</sup> Von 1999 bis 2002 ging z.B. die Zahl der Bundesbeschäftigten von 166.491 auf 155.173 zurück. Vgl. OECD (2003), S. 50.

<sup>133</sup> Vgl. a.a.O., S. 52. Zurzeit wird über die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie entschieden.

<sup>134</sup> Dies entspricht allerdings dem EU-Durchschnitt. Vgl. a.a.O., S. 53.

<sup>135</sup> Verhältnis der über 59-jährigen zu der 20- bis 59-jährigen Wohnbevölkerung.

<sup>136</sup> Bis 2003 wurde der achtzigprozentige Pensionsanspruch sogar nach 40 Versicherungsjahren erreicht.

bende Frühpensionierung wegen langer Versicherungsdauer soll erst 2014 bzw. 2017 auslaufen.<sup>137</sup> Die derzeitige gesetzliche Altersgrenze von Frauen von 60 wird beginnend mit 2024 bis 2033 an die Altersgrenze der Männer von 65 Jahren herangeführt.<sup>138</sup> Ferner wurde beschlossen, dass die Gesamtkürzungen gegenüber dem alten Recht 5 vH nicht überschreiten dürfen.<sup>139</sup>

Allerdings wurde zugleich der Aufbau der privaten Vorsorge, die in Österreich bisher eine geringe Rolle spielte, beschlossen. Um dabei auch den unterentwickelten österreichischen Kapitalmarkt zu begünstigen, werden Vermögensfonds steuerlich gefördert, wenn mindestens 40 vH des Fondskapitals in europäischen Ländern mit geringerer Kapitalisierung als in Österreich angelegt werden.<sup>140</sup> Schließlich wurde die ebenfalls kaum entwickelte betriebliche Altersvorsorge gestärkt, indem der bisherige Anspruch auf Abfindung in eine kapitalgedeckte, sogenannte betriebliche Mitarbeitervorsorge umgewandelt wurde.<sup>141</sup>

#### *Paradigmenwechsel durch Harmonisierung der Pensionssysteme*

Angesichts anhaltender finanzieller Probleme wurde im November 2004 beschlossen, die gesetzliche Alterssicherung von Arbeitern und Angestellten sowie Beamten, Bauern, Selbständigen und Politikern zu harmonisieren.<sup>142</sup> Erstmals wird für alle unter 50-Jährigen ein einheitliches gesetzliches Alterssicherungssystem geschaffen. Damit ist Österreich Deutschland, wo ebenfalls seit Jahren über diese Maßnahme debattiert wird, einen wesentlichen Reformschritt voraus.

---

<sup>137</sup> Allerdings gibt es nach wie vor zahlreiche Ausnahmeregelungen, die einen früheren Renteneintritt ohne Abschlagszahlungen ermöglichen. Vgl. auch Ziffer 1.2.1.

<sup>138</sup> Vgl. Rürup, B./Gruescu, S. (2004), S. 401.

<sup>139</sup> Dieser Prozentsatz wird bis 2024 schrittweise auf 10 vH erhöht.

<sup>140</sup> Der Marktwert der börsennotierten Unternehmen darf 30 vH des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. Die Konzentration auf Österreich könnte sich allerdings negativ auf Risiko und Rendite auswirken. Vgl. OECD (2003), S. 66.

<sup>141</sup> Vgl. a.a.O., S. 66, Bundesfinanzministerium (2003), S. 25 sowie Eichhorst, W. u.a. (2004), S. 192.

<sup>142</sup> Das Gesetz zur Harmonisierung der Pensionssysteme tritt am 1.1.2005 in Kraft.

### **2.2.6 Geringe Innovations- und Forschungsaktivitäten**

In den zurückliegenden zehn bis fünfzehn Jahren dürfte ein höheres Wirtschaftswachstum auch durch die vergleichsweise geringen eigenen Innovations- und Forschungsaktivitäten der österreichischen Wirtschaft verhindert worden sein. Gemessen an den Patentanmeldungen im Bereich der Spitzentechnologie wie Kommunikations-, Bio- und Gentechnologie und Halbleiter schneidet Österreich allenfalls mittelmäßig ab. Während andere kleine Länder wie Finnland, Schweden und die Niederlande pro eine Million Einwohner in den zurückliegenden Jahren jährlich zwischen 136 und 69 Patente beim Europäischen Patentamt anmeldeten, waren es in Österreich lediglich 19.<sup>143</sup> Schweden und Finnland gaben auch deutlich mehr für Forschung und Entwicklung aus. Mit 4,3 bzw. 3,4 vH des Bruttoinlandsprodukts führen sie die Rangfolge in der EU15 an. Österreich brachte dagegen in den neunziger Jahren für Forschung und Entwicklung lediglich 1,9 vH des BIP auf. Inzwischen ist dieser Anteil auf 2,3 vH gestiegen. Allerdings war der Anteil, den inländische Unternehmen dazu beisteuerten, mit etwa 40 vH besonders gering.<sup>144</sup> In Schweden und Finnland finanzierten die Unternehmen über 70, in Deutschland immerhin zwei Drittel der Forschungsausgaben.<sup>145</sup>

Unterdurchschnittlich waren auch Österreichs Ausgaben für informationstechnische Ausstattungen, die sich in der Vergangenheit immer stärker zum Motor für Produkt- und Prozessinnovationen entwickelten. Mit 1.653 Euro pro Einwohner lag Österreich lediglich im Mittelfeld. Vergleichbare europäische Länder wie die Schweiz, Dänemark und Schweden gaben hierfür die Hälfte bis ein Drittel mehr aus.<sup>146</sup> Außerdem ist in Österreich der Risikokapitalmarkt, der für junge innovative Unternehmen eine bedeutende Rolle spielt, noch immer unterdurchschnittlich entwickelt.<sup>147</sup> Insgesamt ist die technologische und wis-

---

<sup>143</sup> Deutschland wies 49 Anmeldungen auf. Vgl. Globus Kartendienst GmbH (2004), Ic 9404.

<sup>144</sup> Weitere 19 vH werden von ausländischen Unternehmen finanziert. Vgl. Bundesregierung (2003), S. 2.

<sup>145</sup> Damit ist Österreich noch weit entfernt vom Ziel der EU, bis 2010 eine Quote von 3 vH und auf diesem Weg bei den Neuausgaben einen Unternehmensanteil von zwei Dritteln zu erreichen. Vgl. IW (2004), S. 22 sowie Janger, J./Wagner, K. (2004), S. 40.

<sup>146</sup> In Deutschland wurden 1.530 Euro ausgegeben. Vgl. IW (2004), S. 23.

<sup>147</sup> Mit einem Anteil der Private Equity-Investitionen von 0,075 vH des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2001 war es Schlusslicht in der EU 15. Vgl. Bundesregierung (2003), S. 31.



senschaftliche Leistungsfähigkeit Österreichs zwar durchschnittlich, aber deutlich niedriger als in mehreren vergleichbaren EU-Staaten.

#### *Übergewicht von Branchen mit mittlerem Technologieniveau*

Die Ursachen für die geringen eigenen Innovations- und Forschungsaktivitäten sind vielfältig. Zum einen wird Österreichs Wirtschaft von Unternehmen mit mittlerem und niedrigem Technologieniveau geprägt. Unternehmen der Informations- und Kommunikations- sowie der Biotechnologie, in denen traditionell viel geforscht wird, sind kaum vertreten.<sup>148</sup> Zum anderen vermochte es die staatliche Forschungspolitik bisher nicht, den Strukturwandel hin zur Hochtechnologie zu beschleunigen. Entsprechend weist Österreichs Wirtschaft noch immer recht wenige technologieorientierte Branchen auf, die weltweit überdurchschnittliche Wertschöpfungszuwächse verzeichnen.<sup>149</sup> Anfang dieses Jahrzehnts wurde in Österreich in arbeitsintensiven Branchen ein Fünftel, in technologieintensiven nur 16 vH der Wertschöpfung erzielt. In der EU15 war dagegen das Verhältnis umgekehrt. Technologieintensive Branchen machten 21, arbeitsintensive lediglich 18 vH der Wertschöpfung aus.<sup>150</sup> Geringer als in der EU15 ist in Österreich auch der Beschäftigtenanteil in wissensintensiven Dienstleistungen, die ebenfalls Maßstab für die technologische Leistungsfähigkeit sind.<sup>151</sup>

Zum Übergewicht von Wirtschaftsbranchen mit mittlerem bis niedrigem Technologieniveau trug auch die vergleichsweise geringe Verfügbarkeit hoch qualifizierter Arbeitskräfte bei.<sup>152</sup> Denn Innovationen und Strukturwandel setzen sich um so schneller durch, je qualifizierter die Erwerbsbevölkerung ist. Österreich verfügt seit langem über einen der niedrigsten Anteile von Abiturienten und Akademikern.<sup>153</sup> Gemessen an den Bildungsabschlüssen seiner Bevölkerung baute es in den zurückliegenden Jahrzeh-

---

<sup>148</sup> Vgl. Walterskirchen, E. (2004), S. 2.

<sup>149</sup> Vgl. Peneder, M. (2001), S. 739.

<sup>150</sup> Vgl. Janger, J./Wagner, K. (2004), S. 55.

<sup>151</sup> Ende der neunziger Jahre betrug in Österreich der Wertschöpfungsanteil in Branchen mit hoher Nachfrage nach wissensintensiven Dienstleistungen nur reichlich 12 vH gegenüber gut 19 vH in der EU 15. Vgl. Peneder, M. (2001), S. 740.

<sup>152</sup> Vgl. auch Ziffer 1.2.6.

<sup>153</sup> Vgl. IW (2004), S. 29.

ten deutlich weniger Humankapital auf als beispielsweise Deutschland.<sup>154</sup> Entsprechend geringer war der Beitrag, den das Humankapital zum österreichischen Wirtschaftswachstum leistete.<sup>155</sup>

### *Österreichische Unternehmen trotzdem erfolgreich*

Allerdings deuten die hohen Produktivitätssteigerungen des verarbeitenden Gewerbes - gerade auch in den zurückliegenden zehn Jahren - in Österreich darauf hin, dass es den österreichischen Unternehmen in der Vergangenheit trotz der Defizite in technologieorientierten Branchen gelungen ist, den Faktoreinsatz sowie die Qualität ihrer Güter und Dienste innerhalb bestehender Strukturen ständig zu verbessern.<sup>156</sup> Neben den positiven Effekten, die vom Technologietransfer des großen Wirtschaftspartners Deutschland ausgingen, waren hierfür vor allem die gute Einbettung in die europäische Zulieferstruktur, überdurchschnittliche Innovationsaktivitäten kleiner Betriebe sowie die solide Kompetenz mittelständischer Unternehmen im mittleren Technologiesegment bei Produktion und Kundenbetreuung ursächlich.<sup>157</sup>

Mit nachlassender deutscher Dynamik und wachsender Konkurrenz durch die neuen EU-Mitglieder um die Produktion von Zulieferprodukten könnte die geringe Spezialisierung auf technologieorientierte Branchen zunehmend zur Belastung für die österreichische Wirtschaftsentwicklung werden. Internationale Erfahrungen belegen, dass wohlhabende frühindustrialisierte Länder angesichts zunehmender Globalisierung überdurchschnittliche Forschungs- und Entwicklungsanteile benötigen, um ihren Wohlstand halten zu können.<sup>158</sup> Zwar hat Österreich seinen Forschungsanteil in den zurückliegenden Jahren deutlich gesteigert. Zudem verfügt es heute über eines der attraktivsten steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsfördersysteme in der gesamten OECD. Auch wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Forschungsaktivitäten und -förderungen besser aufeinander abzustimmen und deren Evaluierung zu verbessern.

---

<sup>154</sup> Von 1960 bis 1997 stieg das Humankapital pro Arbeitskraft um reichlich 29 vH, in Österreich lediglich um knapp 15 vH. Vgl. Koman, R./Marin, D. (1999), S. 17.

<sup>155</sup> Vgl. Koman, R./Marin, D. (1999), S. 31 sowie Gnan, E. u.a. (2004), S. 27.

<sup>156</sup> Vgl. Gnan, E. u.a. (2004), S. 28.

<sup>157</sup> Vgl. Peneder, M. (2001), S. 746.

<sup>158</sup> Vgl. Bundesregierung (2003), S. 13.

Doch dürfte es geraume Zeit dauern, bis Österreich seine Innovationsaktivitäten im Hochtechnologiesektor verstärkt und seine Defizite in der Wirtschaftsstruktur abgebaut hat.<sup>159</sup>

### **2.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

Österreichs Wirtschaft profitierte in den zurückliegenden zehn Jahren vor allem von zwei Ereignissen, dem EU-Beitritt und der EU-Osterweiterung. Während die unmittelbaren Impulse dieser Ereignisse für die wirtschaftliche Entwicklung künftig nachlassen werden, werden ihre mittelbaren Folgen die österreichische Wirtschaft noch lange positiv beeinflussen. Durch EU-Beitritt und EU-Osterweiterung ist Österreichs äußeres wirtschaftliches Umfeld so günstig wie seit 85 Jahren nicht mehr. Anders als die Schweiz war Österreich über Jahrhunderte in große Wirtschaftsräume - bis 1918 die Doppelmonarchie und von 1938 bis 1945 Deutschland - eingebunden. Zweimal war es im 20. Jahrhundert nach verlorenen Kriegen aus diesen Wirtschaftsräumen herausgelöst und von seinen Märkten abgeschnitten worden. Beide Male hatte dies zu großen wirtschaftlichen Verwerfungen und Rückschlägen geführt. Die Teilung Europas nach dem 2. Weltkrieg hatte dies noch verstärkt. Am Anfang des 21. Jahrhunderts ist Österreich erneut Teil eines großen Wirtschaftsraums - der Europäischen Union -, der mit Ausnahme der Schweiz alle seine Nachbarn umfasst. Damit sind die schmerzlichen Folgen der kriegesischen Auseinandersetzungen während des 20. Jahrhunderts, unter denen Österreich besonders litt, größtenteils überwunden. Wie kein anderes EU-Land kann Österreich nun seine historisch gewachsenen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen nach Ost und West, Nord und Süd nutzen und diese vertiefen und ausbauen. Moderate Steuersätze bieten dafür weitere gute Voraussetzungen. Dies dürfte Österreichs wirtschaftliche Entwicklung beflügeln.

#### *Riskante Fixierung auf die EU*

Obwohl Österreich gut in die europäische Zulieferindustrie eingebettet ist, ist jedoch die starke Ausrichtung auf die erweiterte EU - rund 80 vH der österreichischen Ex- und Importe gehen dorthin bzw. kommen von dort -

---

<sup>159</sup> Vgl. Aiginger, K./Kramer, H. (2003), S. 52.

nicht ungefährlich. Denn Deutschland und andere EU-Länder könnten künftig ihre Zulieferprodukte auch aus anderen Ländern beziehen. Um die Risiken zu streuen und sein Exportpotential besser zu nutzen, sollte Österreich deshalb künftig weitere Märkte, z.B. die dynamischen ostasiatischen stärker erschließen. Letzteres könnte allerdings an Österreichs Produktpalette scheitern, die auf mittlerem Technologieniveau basiert. Gemessen am Weltexport ist Österreichs Position am stärksten bei traditionellen und häufig arbeitsintensiven Gütern wie Holz-, Papier-, Metall- und Glaserzeugnissen sowie bei Baustoffen. Bei technologisch höherwertigen Produkten ist es dagegen nur schwach vertreten.<sup>160</sup>

Wenn Österreich seine Export- und damit seine Wohlstandsposition künftig steigern oder auch nur halten will, muss es sich stärker auf Branchen mit höherem Technologieniveau konzentrieren. Dies kann nur durch eine höhere Qualifikation der Erwerbsbevölkerung und intensivere Innovations- und Forschungsaktivitäten erreicht werden - beides derzeit hausgemachte Schwächen der österreichischen Wirtschaft, deren Abbau viel Zeit erfordert. Diese Zeit muss genutzt werden.

#### *Bewusstseinswandel erforderlich*

Österreich kann aus seiner hervorragenden geographischen Lage nur Kapital schlagen, wenn es seine binnenwirtschaftlichen Schwächen, allen voran die nach wie vor dominierende Stellung des Staates in der Wirtschaft, die sich unter anderem in hoher Staats-, Sozialleistungs- und Schuldenquote sowie ausgeprägter staatlicher Regulierung niederschlägt, bekämpft. Zwar werden dem Umfang der Staatstätigkeit durch die EU gewisse Grenzen gesetzt. Doch sind letztlich die weitere Eindämmung der Staatstätigkeit und der Abbau unproduktiver Staatsausgaben nur durch einen tiefgreifenden Bewusstseinswandel möglich. Noch stärker als in Deutschland wurde im obrigkeitsgeprägten Österreich der Staat seit Jahrhunderten als der Problemlöser angesehen und ihm bis in jüngste Zeit ein hoher Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen eingeräumt.<sup>161</sup> Die ausgeprägte Abhängigkeit und starke Bürokratie, die sich die Österreicher als Preis für staatliche Sicherheit und hohes Versorgungsniveau einhandelten, wurden von ihnen

---

<sup>160</sup> Vgl. Wolfmayr Y. (2004/2), S. 1.

<sup>161</sup> Vgl. Nautz, J. (2001), S. 192.

bereitwillig akzeptiert. Zahlreiche Reformen, u.a. im Bereich der Alterssicherung und der öffentlichen Verwaltung deuten allerdings darauf hin, dass in der Politik ein Umdenken eingesetzt hat. Wie in Deutschland folgt jedoch die Bevölkerung ihr nur widerwillig.<sup>162</sup> Daher waren diese Schritte bisher zu zaghaft, um den altersbedingten Belastungsanstieg der sozialen Sicherungssysteme ohne Überforderung der aktiven Generation zu verkraften und eine weitere Erhöhung unproduktiver Staatsausgaben zu vermeiden.

---

<sup>162</sup> Im Mai 2003 reagierte die Bevölkerung auf die geplanten Einschnitte im Pensionssystem mit dem ersten großen Streik seit 50 Jahren und zahlreichen Demonstrationen.

## Bibliographie

- Abramovici, Gérard (2004), Sozialschutz in Europa, in: Eurostat, Statistik kurz gefasst, 3-6, Luxemburg
- Aiginger, Karl/Kramer, Helmut (2003), Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums - Endfassung, in: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), September, Wien
- Arbeitsmarktservice AMS (2004), Geschäftsbericht 2003, [http://www.ams.or.at/neu/ams\\_gb\\_2003\\_V.pdf](http://www.ams.or.at/neu/ams_gb_2003_V.pdf), Wien
- Beidernikl, Gerd/Praier, Dietmar (2003), Berufliche Erstausbildung in Österreich, ZBW-Report im Auftrag des CEDEFOP, Graz
- Bundesministerium der Finanzen (2003), Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich, Berlin
- Bundesministerium für Finanzen (BMF) (2003), Österreichisches Stabilitätsprogramm, Fortschreibung für die Jahre 2003 bis 2007, Wien
- dass. (2004/1), Zehn Jahre EU-Beitritt – Bilanz, in: Wirtschaftspolitik, Wien
  - dass. (2004/2), Auswirkungen der Erweiterung auf Österreich, in: Europäische Union, Wien
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit - BMWA/Bundesministerium für Finanzen (2004/1), Wirtschaftsbericht - Österreich 2004, Wien
- dass. (2004/2), Bericht über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich 2002, Wien
- Bundesregierung (2003), Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2003, Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat, Mai, Wien
- Coe, David/Helpman, Elhanan (1993), International R & D Spillovers, in: National Bureau of Economic Research, NBER Working Paper 4444, Cambridge, MA, USA
- Eichhorst, Werner/Thode, Eric/Winter, Frank (2004), Benchmarking 2004 – Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Bericht der Bertelsmann-Stiftung, Berlin-Heidelberg-New York
- Elschner, Christina/Lammersen, Lothar/Schwager, Robert (2003), Der IBC-Taxation-Index - die effektive Steuerbelastung von Unternehmen und hoch qualifizierten Arbeitskräften, in: IBC BAK International Benchmark-Club, BAK Basel Economics, 26. November
- Enste, Dominik-H. (2003), Ursachen der Schattenwirtschaft in den OECD-Staaten, in: IW-Trends 4, S. 15-23
- Europäische Kommission (2003/1), Employment in Europe 2003 - Recent Trends and Prospects, Luxemburg
- dies. (2003/2), Structural Reforms on the Product and Capital Markets (Cardiff Report) - Austria 2003
  - dies. (2004/1), Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion: Konvergenz - Wettbewerbsfähigkeit - Kooperation, Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Luxemburg

- dies (2004/2), Public Finances in EMU 2004, in: European Economy 3, [www.lavoce.info/news/images/public\\_finances\\_in\\_emu\\_18mag2003.pdf](http://www.lavoce.info/news/images/public_finances_in_emu_18mag2003.pdf)
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2004), Life satisfaction in an enlarged Europe, [www.eurofound.eu.int/qual\\_life](http://www.eurofound.eu.int/qual_life), Luxemburg
- Eurostat (2004/1), Strukturindikatoren, [http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?\\_pageid=1133,1400891,1133\\_1402816&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1133,1400891,1133_1402816&_dad=portal&_schema=PORTAL)
- dies. (2004/2), Langfristindikatoren, [http://europa.eu.int/comm/eurostat/newcronos/reference/display.do?screen=welcomeref&open=/&product=EU\\_yearlies&depth=2language=de](http://europa.eu.int/comm/eurostat/newcronos/reference/display.do?screen=welcomeref&open=/&product=EU_yearlies&depth=2language=de)
- dies. (2004/3), Living Conditions in Europe, Statistical Pocket Book 1998-2002, 2003 edition, Luxemburg
- Finkenzeller, Martin/Spengel, Christoph (2004), EU-Beitrittsstaaten: Effektive Steuerbelastung geringer als in Deutschland, in: ZEWnews Januar/Februar, S. 1f.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2003), Umfrage: Österreicher distanzieren sich von Berlin, 27.10., S. 2
- Frisch, Helmut/Hauth, Eva (2002), Verwaltungsreform: Einsparungsnotwendigkeiten und -potenziale, Unterlage für die Sitzung im BMF am 19. August, Wien
- Fölster, Stefan/Henrekson (2001), Growth Effects of Government Expenditure and Taxation in Rich Countries, in: European Economic Review, S. 1501-1502
- Globus Kartendienst GmbH, diverse Jahrgänge, Hamburg
- Gnan, Ernest/Janger, Jürgen/Scharle, Johann (2004), Determinants of Long-Term Growth in Austria – a Call for a National Growth Strategy, in: Österreichische Nationalbank (Hrsg.), Monetary Policy and Economy Q1, S. 23-46
- Huckemann, Stefan/van Suntum, Ulrich (1994), Beschäftigungspolitik im internationalen Vergleich, Länder Ranking 1980-1993, Gütersloh
- Institut der deutschen Wirtschaft (IW) (2004), Standort Deutschland – ein internationaler Vergleich, Köln
- International Monetary Fund (2004), IMF Concludes 2004 Article IV Consultation with Austria, in: Public Information Notice August 4, Washington D.C.
- Janger, Jürgen/Wagner, Karin (2004), Sektorale Spezialisierung in Österreich und in den EU-15-Ländern, in: Österreichische Nationalbank (Hrsg.), Geldpolitik und Wirtschaft Q2, S. 40-58
- Kamps, Christophe/Meier, Carsten-Patrick/Oskamp, Frank (2004), Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland bleibt schwach, in: Kieler Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge 414, Kiel
- Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hrsg.) (2004), Sozialleistungen im Überblick, Wien
- Kasparovsky, Heinz/Wadsack, Ingrid (2004), Das österreichische Hochschulsystem, [www.bmbwk.gv.at/universitaeten/naric/serviceoesterreich/Das\\_oesterreichische\\_Hoc5223.xml](http://www.bmbwk.gv.at/universitaeten/naric/serviceoesterreich/Das_oesterreichische_Hoc5223.xml)

- Koman, Reinhard/Marin, Dahlia (1999), Human Capital and Macroeconomic Growth: Austria and Germany 1960-1997 - an Update, Wien, [www.ihs.ac.at/publications/eco/es-69-abst.htm](http://www.ihs.ac.at/publications/eco/es-69-abst.htm)
- Konle-Seidl, Regina/Winkler, Werner (2002), Arbeitsvermittlung: In Österreich gehen die Uhren schon anders, in: IAB Kurzbericht 5, Nürnberg
- Kröger, Martin/van Suntum, Ulrich (2000), Internationales Beschäftigungs-Ranking 2000, Gütersloh
- Kuntze, Oscar-Erich (2003), Österreich: Konjunktur- und Strukturreformen gewinnen langsam an Schwung, in: ifo-Schnelldienst 8, S. 34-43  
- ders. (2004), Österreich: konjunkturelle Erholung bei verstärktem strukturellem Wandel, in: ifo-Schnelldienst 6, S. 58-69,
- Leodolter, Sylvia/Kaske, Rudolf (Hrsg.) (2003), Tourismus in Österreich: Zukunftsbranche oder Einstieg in die Arbeitslosigkeit?, ÖGB/HGPD 18, <http://www.arbeiterkammer.at/www-402-IP-11563.html>
- Lutz, Hedwig/Walterskirchen, Ewald (2004), Aktive Beschäftigung in Österreich, in: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Stellungnahme im Auftrag der Bundesarbeitskammer, Wien
- Maddison, Angus (2001), The World Economy – A Millennial Perspective, in: OECD (Hrsg.), Development Center Studies, Paris
- Nautz, Jürgen (2001), Vom Binnenmarkt zum Gemeinsamen Markt. Zur Entwicklung der Ordnungspolitik in Österreich vom Ersten Weltkrieg bis zum EU-Beitritt, in: Schneider, Jürgen (Hrsg.), Öffentliches und privates Wirtschaften in sich wandelnden Wirtschaftsordnungen - Referate der 18. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 7. bis 9. April 1999 in Innsbruck, Stuttgart, S. 191-225
- OECD (1996), Historical Statistics 1960-1994, Paris  
- dies. (2001), OECD Wirtschaftsberichte: Österreich, Paris  
- dies. (2003), Economic Surveys: Austria, Paris  
- dies. (2004/1), Employment Outlook, Paris  
- dies. (2004/2), Labour Force Statistics 1983-2003, Paris  
- dies. (2004/3), Die Quellen wirtschaftlichen Wachstums in den OECD-Ländern, Paris
- Österreichische Nationalbank (2004), Direktinvestitionen im Jahr 2003: Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft hält an, in: Pressedienst 26.4., Wien
- Peneder, Michael (2001), Eine Neubetrachtung des "Österreich-Paradoxon", in: WIFO-Monatsberichte 12, S. 737-748
- Rossmann, Bruno/Netuschell, Pia (2003), Die Reform der öffentlichen Verwaltung in den Jahren 2000 bis 2002 - Versuch einer Evaluierung, in: Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 83, Wien



- Rürup, Bert/Gruescu, Sandra (2004), Die Pensionsreform 2003/2004 in Österreich, in: Die Angestelltenversicherung 9, S. 397-404
- Schneider, F. (2003), Anhaltend große Schattenwirtschaft in Deutschland - Fluch oder Segen?, in: Informationen/Dokumentationen ¾, Schriftenreihe der Handwerkskammer Düsseldorf
- Schröder, Christoph (2003), Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich, in: IW-Trends 3, S. 34-40
- Schweizerische Botschaft (2004), Rapport Economique Autriche 2003, 25.3., Wien
- Statistik Austria, diverse Statistiken, [www.statistik.at](http://www.statistik.at)
- Statistisches Bundesamt (2004), Datenreport 2004 - Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Statistisches Jahrbuch, diverse Jahre, Wiesbaden
- Süddeutsche Zeitung (2004), Deutsche Autozulieferer zieht es nach Osten, 14.9., München
- Tichy, Gunther (1996), Rahmenbedingungen für die österreichische Wettbewerbsfähigkeit, in: Handler, Heinz (Hrsg.), Wirtschaftsstandort Österreich - Wettbewerbsstrategien für das 21. Jahrhundert, Wien, S. 24-42
- Unger, Brigitte (2001), Österreichs Beschäftigungs- und Sozialpolitik von 1970-2000, in: Zeitschrift für Sozialreform 4, S. 340-361
- Walterskirchen, Ewald (2004), Die Position Österreichs im internationalen Strukturwettbewerb - die neuen EU-Strukturindikatoren, in: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 86, Wien
- Werner, Heinz/Winkler, Werner (2003), Systeme des Leistungsbezugs bei Arbeitslosigkeit - ein zwischenstaatlicher Vergleich, in: IAB Werkstattbericht 4, Nürnberg
- Wessig, Franz (2004), EU-Erweiterung: Eine Chance für die österreichische Wirtschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung, [www.bpb.de/themen/u035aj,0,0euerweiterung%3a](http://www.bpb.de/themen/u035aj,0,0euerweiterung%3a)
- Wirtschaftskammer Österreich - WKO (2004), diverse Statistiken, <http://wko.at>
- Wolfmayr, Yvonne (2004/1), Österreichs Außenhandel mit den EU-Beitrittsländern, in: WIFO-Monatsberichte 4, S. 231-249
- dies. (2004/2), Hoffnungsmärkte für den österreichischen Export, in: WIFO-Presseinformationen, Wien